

**Universität
Rostock**



Traditio et Innovatio

Christian Pfeiffer/Nikolaus Werz

Spanien vor den nationalen Wahlen 2015 – Eine erste Analyse der Regional- und Kommunalwahlen

Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung

Heft 34

Universität Rostock
Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften 2015

HERAUSGEBER: Universität Rostock,
Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften

REDAKTION: Prof. Dr. Yves Bizeul
Prof. Dr. Jörn Dosch
Prof. Dr. Nikolaus Werz

LEKTORAT UND
DRUCKVORLAGE:

CIP-KURZTTITELAUFNahme: Christian Pfeiffer/Nikolaus Werz: Spanien vor den
nationalen Wahlen 2015 – Eine erste Analyse der Regional-
und Kommunalwahlen.
– Rostock, Univ., Inst. für Politik- und
Verwaltungswissenschaften, 2015. – 52 S. – (Rostocker
Information zu Politik und Verwaltung; 34)

ISSN 0947-3025
ISBN 978-3-86009-442-6

©Universität Rostock, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, 18051 Rostock
Jede Form der Weitergabe oder Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Herausgebers.

BEZUGSMÖGLICHKEITEN: Universität Rostock
Universitätsbibliothek, Schriftentausch, 18051 Rostock
Tel.: +49-381-498-86 37
Fax: +49-381-498-86 32
E-Mail: maria.schumacher@uni-rostock.de

Universität Rostock
Wirtschaft- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften
Ulmenstr. 69, 18057 Rostock
Tel.: (0381) 498-44 44
Fax: (0381) 498-44 45

DRUCK: Altstadtdruck, Rostock

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	4
Karte Spaniens	4

TEIL I: Spanien – Vom „Modell“ zur Krise

Einführung und kurzer historischer Rückblick	7
Transition zur Demokratie ab 1975, EG-Beitritt und wirtschaftlicher Wandel	7
Die Krise seit 2008 und ihre unterschiedlichen Facetten	8
Soziale Krise: Ungleichheit, (Jugend-)Arbeitslosigkeit und Zwangsräumungen	9
Moralische und institutionelle Krise: Korruptionsskandale und Entfernung der Politiker vom Bürger	10
Territoriale Krise	11
Die Bewegung der „Empörten“ und das Aufkommen neuer politischer Akteure	12
Ausgewählte Schlüsseldaten zur neueren spanischen Geschichte und Ergebnisse der nationalen Wahlen 2011	14

TEIL II: Die Regional- und Kommunalwahlen 2015

Zum Wahlsystem	17
Die Ergebnisse der Regional- und Kommunalwahlen	18
Einschätzung der Regional- und Kommunalwahlen	32
Die Wahl am 27. September in Katalonien	35

TEIL III: Ausblick

Ausgangssituation für die nationale Wahl am 20. Dezember 2015	43
Literaturverzeichnis	47
Ausgaben der Reihe „Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung“	49
Die Autoren	51

Zusammenfassung

Spanien befindet sich in einem Superwahljahr. Nach der im März 2015 stattgefundenen Wahl in Andalusien und den Urnengängen in den Autonomen Gemeinschaften und Städten im Mai kam es am 27. September zur vorgezogenen Wahl in Katalonien, die von Unabhängigkeitsbefürwortern als eine plebiszitäre Abstimmung über Verbleib in oder Loslösung von Spanien inszeniert wurde. Die katalanische Wahl galt zudem als eine Art Generalprobe für die nationalen Wahlen, die am 20. Dezember stattfinden, was aufgrund regionaler Besonderheiten problematisch ist. Angesichts des Aufstiegs neuer Parteien (Podemos, Ciudadanos) könnte es bei der Wahl tiefgreifende Veränderungen in der Zusammensetzung des Zweikammersystems aus Parlament und Senat geben, ein Ende des bisherigen „*bipartidismo*“ scheint nicht ausgeschlossen. Spanien, das die Wirtschaftskrise zwar weitgehend hinter sich gelassen hat, jedoch nach wie vor in einer tiefgreifenden Krise institutioneller, territorialer und sozialer Natur steckt, befindet sich in dem politisch interessantesten Jahr seit dem Ende der Transition 1982.

Die vorliegende Studie möchte unter Berücksichtigung ausgewählter wissenschaftlicher Publikationen und der aktuellen spanischen Presselandschaft sowie im Ergebnis zweier Forschungsaufenthalte der Autoren im Jahr 2015 eine Materialsammlung und erste Analyse der spanischen Regional- und Kommunalwahlen vornehmen und damit die Ausgangslage vor den Wahlen am 20. Dezember 2015 schildern. Den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in der Bibliothek des Kongresses in Madrid sowie den Mitgliedern der AG Lateinamerika am Lehrstuhl sei für ihre Kommentare gedankt. (Abschluss des Dokuments: 15. Oktober 2015)

Karte Spaniens



Quelle: Wikimedia Commons.

TEIL I: Spanien – Vom „Modell“ zur Krise

Einführung und kurzer historischer Rückblick

In Spanien erfolgte eine frühe Staatenbildung, im 16. Jahrhundert war es ein Weltreich. Nach einer Überdehnung setzte eine Stagnation ein, Ende des 19. Jahrhunderts und nach dem Verlust von Kuba 1898 galt das Land im europäischen Vergleich als rückständig. Zu der Spannung zwischen Tradition und Moderne trat die ungeklärte Frage der Nationalitäten. Nicht nur für die politische Linke waren der spanische Bürgerkrieg 1936-39 und seine Konsequenzen ein großes Thema. Internationales Interesse rief die mit dem Tod des Diktators Francisco Franco 1975 einsetzende Transition, d. h. der weitgehend friedliche und paktierte Übergang von dem autoritären Regime zur parlamentarischen Monarchie, hervor. Es folgte eine Konsolidierung der Demokratie mit einer schnellen Annäherung an Europa. Das 20. Jahrhundert habe damit in Spanien einen positiven Ausgang gefunden, so das Fazit des Historikers Walther Bernecker.¹

Die Entwicklung des politischen Systems schien diese Sicht zu bestätigen. Auf den ersten Blick besteht ein stabiles Zweiparteiensystem, in dem sich die mittlerweile sozialdemokratische PSOE (*Partido Socialista Obrero Español – Spanische Sozialistische Arbeiterpartei*) und die konservativ-liberale PP (*Partido Popular – Volkspartei*) an der Regierung ablösten. Nach Jahren hat die PSOE die längere Zeit regiert: Ministerpräsident Felipe González dominierte mindestens zwei Jahrzehnte die spanische Politik, seine Wahl 1982 galt als Ausdruck einer demokratischen Konsolidierung, da er als ein Vertreter der im Bürgerkrieg unterlegenen Seite und des Anti-Franquismus die Regierung übernahm, er amtierte bis 1996; José Luis Zapatero erlebte einen schnellen Aufstieg in der Politik, seine erste Amtszeit 2004-08 galt als Reformphase, allerdings fand er keine Antwort auf die Finanzkrise und verlor 2011 die vorgezogenen Wahlen. Die PP sorgte für die Integration des Franquismus ins Parteiensystem und schrieb sich die wirtschaftliche Modernisierung auf die Fahnen: José María Aznar regierte von 1996 bis 2004; von dem einsetzenden Wirtschaftsboom profitierten zunächst breitere Teile der Bevölkerung, wesentlich umstrittener waren damals seine außenpolitische Annäherung an den US-Präsidenten Georg W. Bush und seine konfrontative Innenpolitik. Aufgrund der Auswirkungen der Finanzkrise ab 2008 und der Abwendung weiter Teile der Wählerschaft von den Sozialdemokraten konnte die PP mit Mariano Rajoy 2011 die Wahlen gewinnen.

Seit 1986 erhielt Spanien umfangreiche EU-Zuwendungen und war lange Zeit größter Netto-Empfänger von EU-Beihilfen. So konnte es bis 2013 von Mitteln des Kohäsionsfonds profitieren, die maßgeblich zu dem enormen Wirtschaftswachstum beitrugen, welches das Land zur viertgrößten Volkswirtschaft der Eurozone machte. Zwischen 1996 und 2007 belief sich das durchschnittliche wirtschaftliche Wachstum auf 3,7 Prozent und erreichte 2000 mit fünf Prozent einen Höhepunkt.

Trotz scharfer Wortgefechte im Kongress stimmen die beiden großen Parteien in einigen zentralen Punkten (Einschätzung der Transition, der Verfassung sowie der repräsentativen Demokratie, Einheit des spanischen Staates, Mitgliedschaft in EU und NATO) bislang weitgehend überein. Bei den letzten Parlamentswahlen 2011 konnten PPSOE, wie sie von Kritikern genannt werden, immerhin noch 73 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen.

Transition zur Demokratie ab 1975, EG-Beitritt und wirtschaftlicher Wandel

Die spanische Transition zur Demokratie galt zumindest bis zum Ausbruch der Finanzkrise als Erfolgsmodell und zwar sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht.² Der lange Zeit hochangesehene König Juan Carlos und Adolfo Suárez von der *Unión de Centro Democrático* (UCD), der von 1976 bis 1981 als Ministerpräsident amtierte, erschienen als Schlüsselfiguren eines paktierten Überganges von der

¹ Bernecker, Walther L.: Geschichte Spaniens im 20. Jahrhundert. München 2010, S. 330.

² Im Vorwort von Nohlen, Dieter; Hildenbrand, Andreas: Spanien. Wirtschaft – Gesellschaft – Politik. Ein Studienbuch. Wiesbaden 2005, S. 15, heißt es: „Spanien – eine Erfolgsgeschichte!“. Ähnlich: Gunther, Richard; Montero, José Ramón: The politics of Spain, Cambridge 2009.

Franco-Diktatur zur parlamentarischen Monarchie und damit als „Helden des Rückzuges“³; Felipe González besaß sowohl innerhalb als auch außerhalb des Landes große Sympathien. Teil einer Übereinkunft zwischen den Kräften des Franquismus und der parteipolitisch organisierten Linken, wozu auch die kommunistische PCE (*Partido Comunista de España – Kommunistische Partei Spaniens*) gehörte, war indessen ein Pakt des Vergessens über die Verbrechen in Bürgerkrieg und Diktatur. Außenpolitischer Bestandteil der Transition waren die europäische Integration und das transatlantische Bündnis. Dazu gehörten: 1978 Referendum über die Verfassung und die Aufnahme in die EG; 1982 Beitritt Spaniens zur NATO; 1986 Vollmitgliedschaft in der EG sowie NATO-Referendum und Verbleib in der NATO, im gleichen Jahr Wiederwahl von González. 1992, als die Entdeckung/Eroberung Amerikas 500 Jahre zurück lag, stand Spanien mit den Olympischen Spielen in Barcelona, der Weltausstellung in Sevilla und der Ernennung Madrids zur europäischen Kulturhauptstadt glänzend in der Weltöffentlichkeit da.

Die gute wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung bewirkte allerdings auch, dass grundlegende strukturelle Defizite der Volkswirtschaft lange übersehen wurden. So wurde kein anderes europäisches Land zunächst so stark von der Finanzkrise getroffen. Vorgegangen war ein unglaublicher Bauboom: „Von 2002 bis 2006 sollen in Spanien mehr Häuser gebaut worden sein als in Deutschland, Frankreich und Italien zusammen.“⁴ Es war von einer „*economía del ladrillo*“ („Backsteinwirtschaft“) die Rede bzw. der Kombination von „*ladrillo*“ („Backstein“) und „*sombrilla*“ („Sonnenschirm“), womit der Tourismus gemeint ist. Während die Bundesrepublik zur gleichen Zeit nach Ansicht des Economist zum „kranken Mann Europas“ avancierte, galt der spanische Aufschwung einzelnen Ökonomen sogar als Modell. Dabei entwickelte sich die Baubranche zum Wirtschaftsmotor, die Arbeitslosigkeit sank von 20 Prozent (1994) auf acht Prozent (2007). Noch Anfang 2008 konnte das spanische Finanzministerium sehr gute Zahlen vorweisen. So verkündete es eine Staatsverschuldung von lediglich 35,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und einen Haushaltsüberschuss von 1,2 Prozent.⁵

Die Krise seit 2008 und ihre unterschiedlichen Facetten

Erst als die Immobilienblase platzte, kam es zu einer ökonomischen Kehrtwende. Der spanische Ministerpräsident Jose Luís Rodríguez Zapatero (PSOE) schien diese Entwicklung lange Zeit zu ignorieren und glaubte an ein lediglich temporäres Phänomen. 2010 musste er allerdings die Rechnung für dieses zögerliche Handeln zahlen und den größten Sozialabbau seit dem Bestehen der Demokratie verkünden. Die Arbeitslosenzahlen stiegen auf über 25 Prozent; besonders die jüngere Generation war mit einer Erwerbslosigkeit von über 50 Prozent von dieser Entwicklung betroffen.

Als sich die PP mit dem Spitzenkandidaten Mariano Rajoy 2011 zur Wahl stellte, versprach sie der Bevölkerung eine Linderung der Sparmaßnahmen und eine rasche wirtschaftliche Erholung, die auch eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt mit sich bringen würde. Rajoy ließ sich im Wahlkampf sogar in einer Warteschlange beim Arbeitsamt fotografieren, den dort wartenden Menschen versprechend, die Arbeitslosigkeit zu senken. Bereits kurz nach dem fulminanten Wahlsieg, der der PP die absolute Mehrheit in Parlament und Senat (*Cortes Generales*) einbrachte, musste die neue Regierung einen Rückzieher machen. So erhöhte sie die Steuern und nahm noch drastischere Sozialkürzungen als die Vorgängerregierung vor. Im engen Austausch mit der deutschen Regierung und Angela Merkel, der gegenüber Rajoy nach Ansicht der Opposition eine zu große Folgsamkeit an den Tag lege, fährt Madrid seitdem einen harten Sparkurs, der erste wirtschaftliche Früchte hervorbringt. So beträgt das für dieses Jahr vom Internationalen Währungs-

³ Erwähnt u. a. im Vorwort von Cercas, Javier: *Anatomie eines Augenblicks*. Frankfurt am Main 2011.

⁴ Kreiß, Christian: Alles nur Zufall? Die Auswirkungen der Finanzkrise auf Spanien, in: *HISPANORAMA* 133/August 2011, S. 51.

⁵ Torreblanca, José Ignacio: *Asaltar los cielos*. Madrid 2015, S. 28.

fonds prognostizierte Wirtschaftswachstum 3,1 Prozent (Deutschland: 1,6 Prozent)⁶, womit Spanien zum größten Wachstumsmotor im Euroraum werden könnte. Rajoy sprach in der „Debatte zur Lage des Staates“ 2014 im Kongress davon, dass man „Kap Horn umschiffen“ habe und die Anzeichen für einen Aufschwung unübersehbar seien. Oberflächlich gesehen mag diese Einschätzung stimmen und Ökonomen halten dem Ministerpräsidenten, der bei öffentlichen Auftritten wie ein Buchhalter wirkt, zugute, dass er den wirtschaftlichen Anpassungskurs durchgehalten hat. Doch kann dies nicht über die soziale, institutionelle und territoriale Krise hinwegtäuschen, die das Land nach wie vor belastet.

Soziale Krise: Ungleichheit, (Jugend-) Arbeitslosigkeit und Zwangsräumungen

Die Juli-Ausgabe der landesweit mit großem Interesse beobachteten Befragung des staatlichen Umfrageinstituts *Centro de Investigaciones Sociológicas* (CIS) hat ergeben, dass lediglich 3,7 Prozent der Bevölkerung die wirtschaftliche Lage des Landes für gut oder sehr gut halten, während 67 Prozent der Befragten die Situation als schlecht bis sehr schlecht beurteilen. Gegenüber dem Vorjahr glauben 25 Prozent der Bevölkerung, dass sich die Situation sogar verschlechtert hat, lediglich 21,5 Prozent haben eine Verbesserung bemerkt.⁷ Der wirtschaftliche Aufschwung ist offenbar bei weiten Teilen der SpanierInnen noch nicht angekommen.

Dies zeigt sich an den Arbeitsmarktzahlen. Trotz einer kontinuierlich sinkenden Arbeitslosenquote waren im Juni 2015 immer noch 22,5 Prozent der Bevölkerung erwerbslos, während sogar 49,2 Prozent der unter 25-jährigen ohne Anstellung waren.⁸ Bezüglich der jüngeren Spanier redet man bereits von einer „verlorenen Generation“. Sechs von zehn Jugendlichen sehen gar keine Zukunft auf dem inländischen Arbeitsmarkt und wollen emigrieren.⁹ Eine Studie der *Escuela Superior de Administración y Dirección de Empresas* (ESADE) zeigt jedoch auch an, dass Schwarzarbeit weit verbreitet ist. So gibt jeder fünfte Arbeitslose und jeder zehnte Beschäftigte an, schwarz zu arbeiten.¹⁰

Die Krise hat eine massive soziale Ungleichheit mit sich gebracht. Große Aufmerksamkeit erhielt eine Studie der OECD, die besagt, dass Spanien das Mitgliedsland mit der größten sozialen Ungleichheit zwischen Armen und Reichen ist.¹¹ Laut dem *Instituto Nacional de Estadística* befinden sich 29,2 Prozent der Einwohner im Armutrisiko, die Kinderarmutsrate ist eines westlichen Landes nicht würdig.¹² Zu trauriger Berühmtheit haben es die sog. „Ni-Nis“ geschafft (von „weder... noch“): 23 Prozent der Jugendlichen machen weder eine Ausbildung noch arbeiten sie. In einem Land, in dem es im Juli 2015 1.793.600 Haus-

⁶ Bolaños, Alejandro: El FMI sitúa a España a la cabeza del crecimiento en los países avanzados. In: http://economia.elpais.com/economia/2015/07/09/actualidad/1436434891_459136.html [Letzter Zugriff: 02.09.2015].

⁷ Centro de Investigaciones Sociológicas: Barómetro de Julio 2015. S. 6 ff. In: http://datos.cis.es/pdf/Es3104mar_A.pdf [Letzter Zugriff: 24.08.2015].

⁸ Ministerio de Empleo y Seguridad Social: Demandantes de empleo, paro, contratos y prestaciones por desempleo. Junio 2015. In: http://www.empleo.gob.es/itss/ITSS/ITSS_Descargas/Atencion_ciudadano/Normativa_documentacion/Otra_docum/paro_junio_15.pdf [Letzter Zugriff: 24.08.2015].

⁹ Muñoz, Ramón: Seis de cada 10 jóvenes españoles planean emigrar es busca de empleo. In: http://economia.elpais.com/economia/2014/11/23/actualidad/1416766833_921888.html [Letzter Zugriff: 24.08.2015].

¹⁰ El Mundo: Uno de cada cinco desempleados admite haber cobrado en negro. In: <http://www.elmundo.es/economia/2015/05/06/5549eb9e22601d4f458b457e.html> [Letzter Zugriff: 24.08.2015].

¹¹ OECD: Government at a Glance 2015. Paris 2015. In: <http://www.oecdilibrary.org/docserver/download/4215081e.pdf?expires=1444054938&id=id&accname=guest&checksum=AFACC1E66A57B8DA8438EDEAC260A94B> [Letzter Zugriff: 24.08.2015].

¹² Prats, Jaime: La población en riesgo de pobreza o exclusión social crece hasta el 29%. In: http://economia.elpais.com/economia/2015/05/26/actualidad/1432626857_809310.html [Letzter Zugriff: 24.08.2015].

halte mit allen Mitgliedern in Arbeitslosigkeit gab und Arbeitslose nach zwei Jahren keine Bezüge vom Staat mehr erhalten, ist dies umso dramatischer (757.200 Haushalte ohne Einkünfte).¹³

Große mediale Präsenz nehmen außerdem die Zwangsräumungen (*desahucios*) ein, von denen weit über 100.000 Wohnungen betroffen sind, die genauen Zahlen sind umstritten. In Zeiten des Booms hatten viele Menschen eine oder sogar mehrere Wohnungen gekauft, die sie nun nicht abbezahlen können. Daraus sind Sozialfälle entstanden, die in den Medien der Regierung angelastet werden, obwohl ein erheblicher Teil der Bevölkerung damals von der Immobilienblase profitiert hat.

Moralische und institutionelle Krise: Korruptionsskandale und Entfernung der Politiker vom Bürger

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat einen massiven Legitimationsverlust der politischen Klasse mit sich gebracht. Seit der Transition war die spanische Gesellschaft an Korruptionsskandale gewöhnt, die sowohl die PSOE als auch die PP als Hauptprotagonisten hatten. Mit der Krise, den harten Einschnitten in das Sozialsystem und den erheblichen Opfern, die insbesondere die Mittel- und Unterschicht erbringen mussten, wurde die Korruption jedoch für viele Spanier schwer erträglich. Zu stark war die Diskrepanz zwischen dem Austeritätsdiskurs und den zuweilen täglich neu aufgedeckten Korruptionsskandalen, die vor allem die regierende PP betreffen, aber auch Mitglieder der PSOE und der linken *Izquierda Unida* (IU) sowie der Gewerkschaften. Die Bandbreite der Delikte ist enorm: Sie reicht von Steuerhinterziehung über Bestechung bis zu Geldwäsche und Luxusgeschenken auf Kosten des Staates. Die Medien geben den Skandalen dabei oftmals prägnante Namen, die bald als Synonyme für ganze Ketten von Delikten gelten. So wurden im Herbst 2014 im Rahmen der „Operación Púnica“ Wohnungen und Büros ehemaliger und aktueller Politiker und Gewerkschaftler durchsucht, die der Bestechlichkeit beschuldigt werden. Es besteht der Verdacht, dass sie Zahlungen von Firmen für die Vergabe öffentlicher Aufträge erhalten haben. Dabei wurde ein Korruptionsnetzwerk aufgedeckt, in dessen Zentrum die ehemalige Nummer Zwei der PP in der Autonomen Gemeinschaft Madrid Francisco Granados sowie der Unternehmer David Marjaliza standen.

Der Skandal der „*Tarjetas Black*“ („Schwarze Karten“), der ebenfalls für große Empörung in der Bevölkerung sorgte, betrifft ehemalige Mitglieder des Verwaltungsrates und der Führungsspitze der Bank Caja Madrid, Vorgängerinstitution der verstaatlichten Bankia. Zahlreiche hohe Positionsinhaber der Finanzorganisation verfügten über eine Kreditkarte, die es ihnen ermöglichte, Zahlungen vorzunehmen, die nicht vom Fiskus registriert werden konnten. Prominente Beschuldigte sind der ehemalige Caja Madrid-Chef Miguel Blesa und der ehemalige IWF- und Bankia-Vorsitzende sowie Ex-Wirtschaftsminister unter Aznar, Rodrigo Rato. Letzterer wurde unter großem Medienaufgebot im April 2015 zeitweilig festgenommen, ihm werden zudem Geldwäsche und Steuerbetrug vorgeworfen.¹⁴

Immer noch in den Medien sind der Fall „*Gürtel*“,¹⁵ bei dem der Verdacht auf illegale Finanzierung der PP durch den ehemaligen Schatzmeister Luis Bárcenas besteht, sowie der Fall „*Noos*“, der dubiose Geschäfte von Iñaki Urdangarin, dem Ehemann der Königstochter Cristina, zum Gegenstand hat.

Bei vielen Spaniern entstand der Eindruck von Machtlosigkeit gegenüber einer Klasse von Berufspolitikern, die in erster Linie an Selbstbereicherung interessiert ist, sich von dem normalen Bürger entfernt hat

¹³ Instituto Nacional de Estadística: Encuesta de Población Activa. Segundo Trimestre. In: http://www.ine.es/inebaseDYN/epa30308/epa_inicio.htm [Letzter Zugriff: 24.08.2015].

¹⁴ Vgl. Pfeiffer, Christian: Podemos. Eine neue Partei setzt Spaniens „bipartidismo“ unter Druck. In: http://forschungsjournal.de/sites/default/files/fjsbplus/fjsb-plus_2015-1_pfeiffer.pdf [Letzter Zugriff: 01.10.2015], S. 2f.

¹⁵ Der Name „*Gürtel*“ ist eine Anspielung auf den Hauptangeklagten Francisco Correa. Dessen Nachname heißt ins Deutsche übersetzt „Gürtel“, was die Polizei dazu veranlasste, ihre Ermittlungen mit diesem Codewort zu versehen. Dies wurde von der Presse später übernommen.

und mit finanzstarken Unternehmen und Banken in zu engem Kontakt steht. Maßgeblich trägt das System der Parteienfinanzierung dazu bei. So wurden zwar die Normen diesbezüglich in den letzten Jahren wesentlich strenger und der Höchstbetrag für private Spenden erheblich abgesenkt, doch haben alle etablierten Parteien (bis auf Podemos) hohe Schulden bei den Banken. Die Abhängigkeit der Parteien von diesen Banken wird dadurch verstärkt, dass sie in der Regel für den kostspieligen Wahlkampf Kredite aufnehmen und entsprechend ihrer Wahlergebnisse Zuwendungen vom Staat erhalten, mit denen sie die Kredite zurückzahlen können. Diese Art der Wahlkampffinanzierung läuft bei Nicht-Erreichen der Wahlergebnisse Gefahr, defizitär zu sein: Deshalb sind die meisten Parteien auf günstige Konditionen der Banken angewiesen, und der Verdacht einer mangelnden finanziellen Unabhängigkeit steht im Raum. Insgesamt ist im Diskurs der Parteien nun ein klarer Ruf nach mehr Transparenz zu erkennen, an dem jedoch im Fall der etablierten Parteien PP und PSOE Zweifel bestehen.

Angesichts des wenig vorbildhaften Verhaltens vieler Politiker konnten sich die Spanier lange Zeit an der Königsfamilie als moralischen Anker festhalten. Noch zur Jahrtausendwende besaß König Juan Carlos I. ein hohes Ansehen. Durch private Eskapaden des alternden Monarchen, die Verstrickung eines Teils seiner Familie in die bereits angesprochenen Geldgeschäfte und einer Safari auf dem Höhepunkt der Finanzkrise geriet das Königshaus in die Kritik, zumal die bisherige Haltung, über die privaten Abenteuer des Monarchen nicht zu berichten, von der Presse aufgegeben wurde. Der Wechsel von Juan Carlos I. zu Kronprinz Felipe 2014 nach 38 Jahren Regentschaft wurde deshalb mehrheitlich begrüßt und als Versuch einer Rehabilitierung der Krone gewertet. Felipe VI. konnte in relativ kurzer Zeit weite Teile des verlorenen Prestiges wiederherstellen und gilt als eine der wenigen angesehenen Instanzen in Spanien. So wird die Monarchie 2015 von 61,5 Prozent der Bevölkerung unterstützt gegenüber lediglich 49,9 Prozent im Vorjahr.¹⁶

Territoriale Krise

Das territoriale Problem Spaniens, das sich momentan in den Unabhängigkeitsbestrebungen in Katalonien widerspiegelt, hat lange geschichtliche Wurzeln. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts wurden insbesondere in den Regionen Baskenland, Galicien und Katalonien Kräfte stark, die die jeweilige Kultur und Sprache pflegten sowie sich vor allem diesen Regionen zugehörig fühlten und weniger dem Zentralstaat. Unter Franco wurden solche Kräfte massiv unterdrückt, die Ausübung der eigenen Kultur und Sprache war den Basken, Galiciern und Katalanen weitgehend verboten. Ergebnis dieser Unterdrückung war u. a. der terroristische Widerstand der ETA im Baskenland, dem mehr als 800 Menschen zum Opfer fielen und der tiefe gesellschaftliche Gräben hinterlassen hat. In Katalonien und Galicien war der Widerstand dagegen weitgehend friedlich.

Nach dem Tod Francos 1975 verlangten alle drei historischen Nationalitäten weitgehende Autonomie und waren maßgebliche Antreiber der Dezentralisierung des spanischen Staates, die sich in der Aufteilung in Autonome Gemeinschaften manifestierte. Während der Transition entwickelte sich zunächst das territoriale Modell der zwei Geschwindigkeiten. Autonome Gemeinschaften wie Katalonien, Galicien, das Baskenland sowie Andalusien bekamen schnell zahlreiche Kompetenzen zugesprochen, dagegen lief die Übertragung der Kompetenzen an die übrigen Gemeinschaften langsamer. Dennoch legt die spanische Verfassung von 1978, die in der Transition die größte Zustimmung in Katalonien erfuhr, fest, dass sich die Befugnisse aller Gemeinschaften nach einer gewissen Zeit angleichen, sodass sich Kompetenzerrungenschaften einer Gemeinschaft schrittweise auch für die übrigen Gemeinschaften ergeben. Dieses Phänomen wird „*café para todos*“ („Kaffee für Alle“) genannt und insbesondere von den historischen Nationalitäten kritisiert, da sie meinen, dadurch ihre Besonderheit im spanischen Staat zu verlieren.

¹⁶ Remírez de Ganuza, Carmen: El Rey recupera el apoyo de los españoles a la Monarquía. In: <http://www.elmundo.es/espana/2015/06/15/557dc06f22601d30648b457e.html> [Letzter Zugriff: 24.08.2015].

Katalonien, neben der Region Madrid, dem Baskenland und Navarra reichste Region Spaniens, sieht sich gegenüber anderen Gemeinschaften in der Finanzierung durch den Zentralstaat maßgeblich benachteiligt, da die Steuerabflüsse an diesen weit höher sind als die Finanzierung, die wieder an die Gemeinschaft zurückfließt. Gerade in Zeiten von knappen Finanzmitteln ist diese Benachteiligung für viele Katalanen noch evidenter. Dies geht einher mit einer Wahrnehmung, wonach die eigene Kultur und Sprache nicht ausreichend gewürdigt werden. Eine Rolle hat in diesem Zusammenhang auch das spanische Verfassungsgericht gespielt, das Teile des damals noch von der PSC um Präsident Pasqual Maragall ausgehandelten Autonomiestatuts widerrufen und so die angesprochene Abneigung weiter befördert hat.¹⁷ Unter der katalanischen Regierung des Präsidenten Artur Mas von der konservativ-liberalen CiU (*Convergència i Unió*) ist dieser Konflikt mit dem Zentralstaat eskaliert. Die amtierende Regierung sowie Teile der dortigen Gesellschaft sind offenbar fest entschlossen, Katalonien von Spanien abzuspalten. Um diese Position für die Unabhängigkeit zu stärken, hat der katalanische Präsident am 9. November 2014 einen unverbindlichen Urnengang abgehalten, in dem die Katalanen über die Unabhängigkeit Kataloniens vom spanischen Staat abstimmen sollten. Dieser Urnengang hatte zwar nur eine geringe Wahlbeteiligung von 35,9 Prozent, konnte aber eine überwältigende Mehrheit für eine Abspaltung von Spanien erzielen, er findet seit Oktober 2015 ein juristisches Nachspiel. Am 27. September hielt Katalonien vorgezogene Wahlen ab, mit denen Mas und seine Verbündeten der Unabhängigkeitsbewegung einen weiteren Impuls geben wollten.

Die Bewegung der „Empörten“ und das Aufkommen neuer politischer Akteure

Verfehlungen der politischen Klasse sowie die sozialen Einschnitte führten im Jahr 2011 zu einer Protestbewegung, die das ganze Land erfasste. Mit der Protestbewegung der „*indignados*“ (Empörten) des 15-M (15. Mai) versuchten vor allem jüngere Spanier ihrem Frust Ausdruck zu verschaffen. Diese Bewegung hatte einen großen gesellschaftlichen Rückhalt. So unterstützten ca. 70 Prozent der spanischen Bevölkerung damals Ziele der Protestierenden, die von Ex-Regierungschef Aznar lediglich als „marginale gegen das System gerichtete extreme Linke“¹⁸ herabqualifiziert wurden. Weite Teile der Bevölkerung waren jedoch der Meinung, dass ihre Anliegen nicht adäquat von den etablierten politischen Parteien repräsentiert würden. Charakteristisch für die „Empörten“ waren ihre flachen Hierarchien; es war schwer, anerkannte Anführer ausfindig zu machen, „Versammlungen“ („*asambleas*“) spielten eine zentrale Rolle. Ein Merkmal waren Komitees und Arbeitsgruppen mit fluktuierender Mitgliedschaft.

Auf die politischen Kräfteverhältnisse hatten die Proteste zunächst keinen Einfluss. So blieben die „Empörten“ lange Zeit nach dem 15-M ohne politische Repräsentation, obwohl sich Parteien wie IU (auf der linken Seite des politischen Spektrums) und *Unión Progreso y Democracia* (UPyD) (auf der eher rechten Seite) der ideologisch breit gefächerten Bewegung annähern wollten. Letztendlich konnten diese Parteien in Umfragen sogar kurzzeitig profitieren, doch erst der im März 2014 mit Blick auf die Europawahlen gegründeten Partei „*Podemos*“ („Wir können“) gelang es, eine Art Vertretung für die Belange des 15-M zu symbolisieren.¹⁹

Podemos, dessen Kern aus Wissenschaftlern der Fakultät für Politikwissenschaft und Soziologie der Universität Complutense in Madrid besteht und die mit ihrem Generalsekretär Pablo Iglesias einen charismatisch auftretenden Anführer hat, versteht sich als „Anti-Establishment“-Partei, sie verfolgt demnach eine Konfliktlinie zwischen „neuer“ und „alter“ Politik. Die „neue“ Politik wird nach eigenem Selbstverständnis von ihnen selbst verkörpert, die „alte“ Politik, von den seit drei Jahrzehnten dominanten Parteien PP und PSOE, die demnach als Werkzeug der korrupten „Oligarchie“ bzw. „*casta*“ zum Erhalt ihrer Privilegien gegen die Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung agieren. Das erklärte Ziel der Partei ist es,

¹⁷ Vgl. Alonso, Martín: *El catalanismo, del éxito al éxtasis. La génesis de un problema social*. Barcelona 2015.

¹⁸ Zitiert in: *El País*: Aznar califica el Movimiento 15-M como “extrema izquierda marginal antisistema”. In: http://politica.elpais.com/politica/2011/10/16/actualidad/1318772866_993949.html [Letzter Zugriff: 03.09.2015].

¹⁹ Eine wohlmeinende Darstellung von Zelik, Raul: *Mit Podemos zur demokratischen Revolution? Krise und Aufbruch in Spanien*, Berlin 2015.

die Bürger zu ermächtigen, wieder ihre Interessen gegenüber dieser kleinen Elite zu vertreten. In dieser Hinsicht zeigt sich keine wesentliche diskursive Differenz zur traditionellen Linken IU, von der sich Podemos jedoch abzugrenzen versucht, indem sie vordergründig die politischen Etiketten rechts-links ablehnt. Dabei ist eine interessante programmatische Unklarheit in ihrer Ausrichtung zu erkennen, die allerdings gewollt ist. So geht es der Partei vor allem um eine moralische Vision und vorerst weniger um konkrete politische Inhalte, weswegen ihr von den etablierten Parteien und Teilen der Presse Populismus vorgeworfen wird.

Die politischen Anfänge der wichtigsten Podemos-Politiker liegen indessen im Marxismus oder sogar im Leninismus. Dies wird von ihnen ebenso wenig verschwiegen wie die starken Sympathien mit Präsidenten der nationalpopulistischen Linken in Südamerika. Sie gingen bis hin zur Zusammenarbeit mit dem verstorbenen venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez. Podemos-Mitbegründer Juan Carlos Monedero musste im April 2015 aus der Parteispitze zurücktreten, nachdem bekannt geworden war, dass er Honorarzahungen aus Venezuela zunächst nicht versteuert hatte.

Die Partei profitierte anfangs von einem antiquierten Umgang der großen Parteien mit den Medien. So hat Podemos durch das gekonnte Aufgreifen der sozialen Netzwerke mittels partizipativer Meinungsportale und der Präsenz seiner bekanntesten Köpfe in Talkshows im Kampf um die Meinungsführerschaft schnell eine mediale Präsenz erlangte, die ihrer tatsächlichen Größe keineswegs entsprach. Mittlerweile haben alle Parteien auf diese Herausforderung reagiert und bezüglich Internetpräsenz nachgezogen. Sowohl die PSOE als auch die IU und sogar die PP haben Diskussionsplattformen gegründet und schicken ihre medial vorteilhaftesten Persönlichkeiten in die Talkshows, die in den letzten Jahren einen erheblichen Bedeutungszuwachs verzeichnen konnten.

Eine weitere Partei, die derzeit die Kräfteverhältnisse durcheinanderwirbelt, ist die 2006 in Katalonien gegründete liberale *Ciudadanos* („Bürger“), die mit Parteichef Albert Rivera eine der gegenwärtig sichtbarsten und charismatischsten Figuren stellt. Ciudadanos, lange Zeit nur auf regionaler Ebene in Katalonien als gegen die dortige Unabhängigkeitsbewegung gerichtete Partei bekannt, wurde zunächst von den nationalen Medien ignoriert und konnte erst ab Februar 2015 einen landesweiten Anstieg in den Umfragewerten erreichen, der dafür umso rasanter verläuft. Die Partei, dessen wichtigste Vertreter anders als die Politikwissenschaftler von Podemos vor allem aus der Privatwirtschaft kommen, propagiert ähnlich wie Podemos ein Spanien, das ehrlicher, gerechter und weniger ungleich sein soll, verzichtet jedoch auf den einen Konfrontationsdiskurs gegen die politische Elite und möchte das Anliegen der Empörten von 2011 in sichere Bahnen lenken.²⁰ Albert Rivera formuliert diesen Unterschied folgendermaßen: Podemos wolle Rache, Ciudadanos Gerechtigkeit.²¹ Die Partei, der nicht zuletzt wegen der politischen Herkunft großer Teile ihrer Führung eine Nähe zur regierenden PP nachgesagt wird, vereint mit Podemos vor allem den Nimbus des Neuen, Frischen und Jugendlichen.

In der spanischen Presse werden sie als „aufsteigende Parteien“ (*partidos emergentes*) bezeichnet. Auch Ciudadanos beruft sich auf das Anliegen des 15-M (15. Mai), hat aber wesentlich gemäßigttere Vorstellungen von dem anzustrebenden Wandel und stellt die Transition nicht in Frage. Sie hat obendrein den Vorteil, dass sie erst seit diesem Jahr im Rampenlicht steht, während sich bei Podemos erste Abnutzungseffekte zeigen.

²⁰ Die renommierte Monatszeitschrift *Cambio 16* beschäftigte sich in ihrer Ausgabe vom April 2015 schwerpunktmäßig mit dem Vergleich zwischen Podemos und Ciudadanos.

²¹ Interview mit Albert Rivera: Ciudadanos quiere justicia y Podemos quiere venganza. In: <http://www.elmundo.es/espana/2015/03/17/550739b1e2704efd068b4577.html> [Letzter Zugriff: 24.08.2015]

Ausgewählte Schlüsseldaten zur neueren spanischen Geschichte

1931-1936 Zweite Republik

1936-1939 Spanischer Bürgerkrieg, der mit dem Sieg der Truppen Francos endet

1939-1975 Franco-Ära

1975-1982 Transition zur parlamentarischen Monarchie

1978 Verabschiedung der neuen Verfassung

1981 gescheiterter Putschversuch

1982 Felipe González (PSOE) wird Ministerpräsident

1982 Beitritt zur NATO

1986 Beitritt zur EG

1992 Jahr der 500 Jahrfeiern der Entdeckung/Eroberung Amerikas, Olympische Spiele in Barcelona, Weltausstellung in Sevilla; Madrid ist europäische Kulturhauptstadt

1996 José Maria Aznar (PP) wird Ministerpräsident

2004 José Luis Rodríguez Zapatero (PSOE) wird Ministerpräsident

2007 Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise nach dem jahrelangen Bauboom

2011 Mariano Rajoy (PP) wird Ministerpräsident

2012 Am Nationalfeiertag Kataloniens (11. September) kommt es zu einer Demonstration von über 1. Mio. Menschen, die die Bildung eines eigenen Staates in Europa fordern

2014 bei den Europawahlen am 25. Mai müssen PP und PSOE starke Einbußen hinnehmen, Podemos taucht als neue politische Kraft auf

2014 König Juan Carlos I. dankt ab, am 19. Juni wird Felipe VI. zum König ernannt

2014 Am 9. November findet in Katalonien eine nicht genehmigte Abstimmung über die Unabhängigkeit statt

22. März 2015 Regionalwahlen in Andalusien

24. Mai 2015 Regional- und Kommunalwahlen in 13. Autonomen Gemeinschaften

27. September 2015 Regionalwahlen in Katalonien

20. Dezember 2015 Nationale Wahlen

Wahlergebnisse der nationalen Wahlen 2011

PP	44,63 Prozent	186 Parlamentssitze
PSOE	28,76 Prozent	110 Parlamentssitze
IU	6,92 Prozent	11 Parlamentssitze
UPyD	4,70 Prozent	5 Parlamentssitze
Regionale Parteien	10,35 Prozent	38 Parlamentssitze

Eigene Darstellung, Quelle: El País.

TEIL II: Die Regional- und Kommunalwahlen 2015

Zum Wahlsystem

In 15 von 17 Autonomen Gemeinschaften wurden in diesem Jahr das Regionalparlament sowie die Regionalregierung gewählt. Ihr Wahlsystem ist in den jeweiligen Autonomiestatuten festgelegt und unterscheidet sich in der Regel nur minimal. Zur Bestimmung der Verteilung der Abgeordneten auf die jeweiligen Parteien wird das D'Hondt-Verfahren genutzt, das eine proportionale Umrechnung der Wahlergebnisse in Parlamentssitze (pro Provinz) ermöglicht. Die 52 Provinzen fungieren somit als Wahlkreise. In Gemeinschaften, die lediglich aus einer Provinz bestehen, wie Murcia, La Rioja und Madrid, ist die Sitzverteilung symmetrisch zu den Wahlergebnissen. Abweichungen kann es bei den Sperrklauseln sowie der Repräsentation der einzelnen Wahlkreise im Parlament geben.

Für einen Blick auf mögliche Wahlergebnisse und Allianzen auf nationaler Ebene müssen Eigenheiten des Wahlsystems berücksichtigt werden. In Spanien wird zwar auf nationaler Ebene gewählt, jedoch wird jede der 52 Provinzen einzeln betrachtet, da sie als Wahlbezirke fungieren, deren gewählte Sitze sich schlussendlich im Verbund als Parlament formieren. Zur Bestimmung ihrer Abgeordneten stellen die Parteien im Vorfeld Listen auf, diese müssen aber nicht mit der territorialen Bevölkerungsverteilung übereinstimmen. Die Wahlkreise sind zudem wie auf der Ebene der Autonomen Gemeinschaften durch ein Ungleichgewicht der Stimmen charakterisiert, sodass kleine Wahlkreise, in denen nur wenige Menschen leben, häufig überrepräsentiert sind. Dies kommt den großen Parteien und hier insbesondere der PP zu Gute, die in den ländlichen Regionen bislang stets sehr gute Wahlergebnisse erzielte. Wie in den Autonomen Gemeinschaften wird auch auf nationaler Ebene das D'Hondt-Verfahren genutzt, um die Anzahl der Parlamentssitze pro Provinz zu bestimmen. Dieses Verfahren kommt ebenfalls den großen Parteien sowie den jeweiligen Regionalparteien entgegen, die in einzelnen Provinzen gute Wahlergebnisse erzielen. Kleine auf nationaler Ebene antretende Parteien haben es dagegen wesentlich schwerer, eine politische Repräsentation zu erlangen, da sie oftmals ein gegenüber ihrem nationalen Ergebnis überdurchschnittliches Wahlergebnis benötigen, um einen Sitz zu erreichen.²² Grob lassen sich die 52 spanischen Provinzen in drei Typen einteilen:

1. In 32 Provinzen werden zwischen drei und sechs Parlamentssitze vergeben. Diese gehen in der Regel fast in Gänze an die beiden stärksten Parteien.²³
2. In elf Provinzen können zwischen sieben und zehn Sitzen verteilt werden. Vereinzelt kann dabei eine dritte Partei neben den beiden großen Parteien Sitze holen.
3. Dieser wird lediglich von den sechs Provinzen Barcelona, Madrid, Valencia, Alicante, Malaga und Sevilla repräsentiert, die mehr als zehn Parlamentssitze vergeben. Hier haben selbst kleine Parteien eine realistische Chance. So ist es in Madrid, das 36 Sitze vergibt, oder in Barcelona, das 31 Plätze vergibt, sogar möglich, ab lediglich etwa drei Prozent in das Parlament einzuziehen.

Aufgrund dieses Wahlsystems hat sich der Begriff der „nützlichen Stimme“ („*voto útil*“) eingebürgert. Dadurch, dass kleine Parteien in vielen Provinzen nur geringe Chancen auf das Erlangen eines Sitzes haben, ziehen es bislang viele Wähler vor, ihre Stimme einer der beiden großen Parteien zu geben. Dieser Umstand hat vielfältige Kritik hervorgerufen. Diese richtet sich vor allem gegen die Ungleichheit der Stimmen pro Parlamentssitz, die das Ungleichgewicht in Spanien verfestigen und lediglich den großen „Eliten-Parteien“ in die Hände spielen würde. Zu den Wortführern dieser Kritik gehören die Podemos-Köpfe Pablo Iglesias und Juan Carlos Monedero, die eigens ein Buch dazu veröffentlicht haben.²⁴ Diese

²² Nohlen; Hildenbrand, S. 263 f.

²³ In den nordafrikanischen Exklaven Ceuta und Melilla wird lediglich ein Abgeordnetensitz vergeben. In der Provinz Soria (Kastilien und León) zwei.

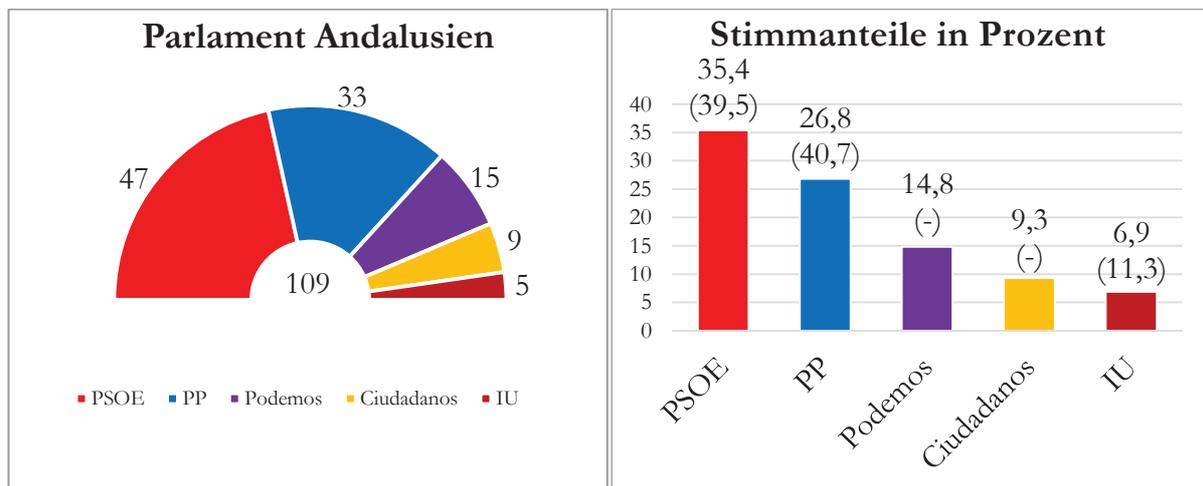
²⁴ Vgl. Iglesias Turrión, Pablo; Monedero, Juan Carlos: ¡Que no nos representan! El debate sobre el sistema electoral español. Madrid 2011, S. 60.

Verzerrungen sind indessen allgemein bekannt und wurden auch von anderen Autoren behandelt und kritisiert.²⁵

Die Ergebnisse der Regional- und Kommunalwahlen 2015²⁶

Andalusien

Das Wahljahr begann in Andalusien, der bevölkerungsreichsten der 17 Autonomen Gemeinschaften. Während in 13 Autonomen Gemeinschaften (im Baskenland und Galizien fanden in diesem Jahr keine Regionalwahlen statt, in Katalonien am 27. September) die Regional- und Kommunalwahlen am 24. Mai 2015 erfolgten, hatte die amtierende Ministerpräsidentin Susana Díaz von der PSOE die Wahlen nach einem Bruch der Koalition mit der IU auf den März vorgezogen. Andalusien gilt als die zweitärmste Region Spaniens und weist die höchste Arbeitslosenrate der ganzen EU auf. Es ist gleichzeitig die letzte verbliebene Hochburg der PSOE. Die Erwartungshaltung in den Medien war enorm, zumal bei der Auswertung von Umfragen selten zwischen der europäischen, nationalen und regionalen Ebene unterschieden wird. Die PSOE verlor etwas über 4 Prozent der Stimmen, die PP hingegen 14 Prozent. Podemos kam mit fast 15 Prozent auf 15 Sitze. Ciudadanos war die eigentliche Überraschung: Sie erreichte über 9 Prozent und damit 9 Sitze.



Eigene Darstellung, Quelle: El País.

Die vorgezogenen Wahlen in Andalusien brachten mit Blick auf das Gesamtwahljahr 2015 erste Hinweise:

1. Die Regierungspartei PP profitiert nicht von den „guten“ Wirtschaftszahlen, sondern wird für die Härten der Finanzkrise und die Korruption verantwortlich gemacht.
2. Die Strategie der amtierenden Ministerpräsidentin Díaz, die Wahlen in Andalusien vorzuziehen, ging auf. Sie hat damit der PSOE etwas bessere Voraussetzungen für das laufende Wahljahr geschaffen.
3. Podemos erzielt auch bei Regionalwahlen ein bemerkenswertes Ergebnis, dieses bleibt allerdings unter den hochgesteckten Erwartungen zurück.

²⁵ Diese Kritik wurde zuletzt z. B. in Nohlen, Dieter: Gramática de los sistemas electorales. Una Introducción a la ingeniería de la representación. Lima 2014, S. 178ff., beschrieben. In historischer Perspektive statt vieler anderer in: Juliá, Santos u.a.: La España del siglo XX. Madrid 2007, S. 15 ff.

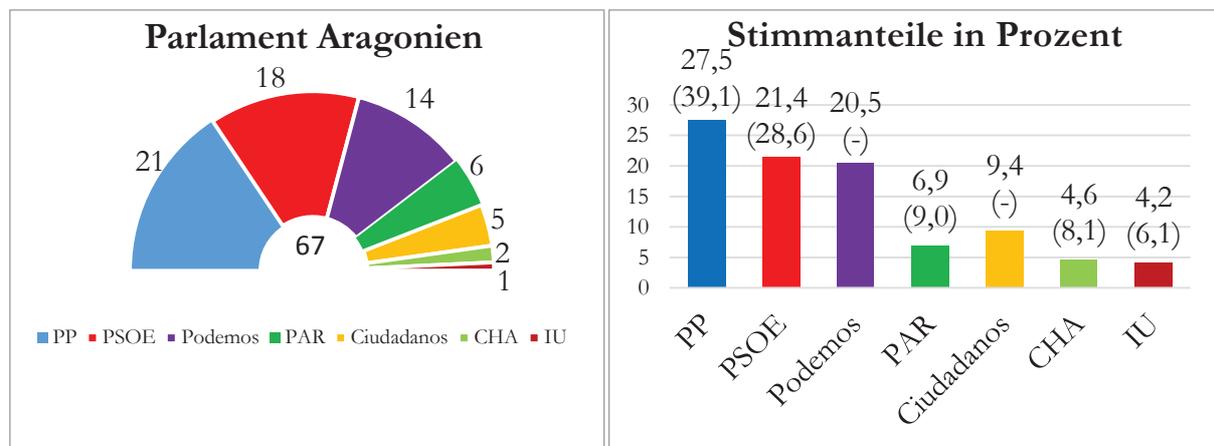
²⁶ Die spanische Wahlbehörde *Junta Electoral Central*, im Internet erreichbar unter <http://www.juntaelectoralcentral.es/>, ist in erster Linie für den ordnungsgemäßen Ablauf des Wahlverlaufs verantwortlich und stellt Interessierten Informationen zu eben diesem zur Verfügung. Die Internetseite ist vergleichsweise unübersichtlich und es lassen sich dort momentan keine offiziellen Ergebnisse zu den Regional- und Kommunalwahlen 2015 auffinden. Deswegen wird bei den folgenden Analysen und Grafiken auf die Wahldaten der Zeitungen *El País* und *La Nueva España* zurückgegriffen. Eine Übersicht zu dem spanischen Wahlsystem sowie zur Wahlsystematik findet sich in Vallés, Josep M.; Nohlen, Dieter: Spain. In: Nohlen, Dieter; Stöver, Philip (Hrsg.): Elections in Europe. A Data Handbook. Baden-Baden 2010, S. 1803-1840.

4. Der Erfolg von Ciudadanos zeigt, dass die Wähler neue Gesichter wollen, diese aber nicht so weit links bzw. plebiszitär orientiert sein müssen wie Podemos.

Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen wurde allerdings eine weitere Konsequenz der neuen politischen Kräfteverhältnisse deutlich: Die Schwierigkeit Mehrheiten zu finden. So benötigte Susana Díaz nahezu zwei Monate, um Ciudadanos, die nicht in die Regierung eintraten, zu überzeugen, im Parlament für ihre Amtseinführung zu stimmen, nachdem sie sowohl von Podemos als auch von der PP einen Korb bekommen hatte.

Im Folgenden werden alle Wahlergebnisse der 13 Autonomen Gemeinschaften dargestellt, in denen am 24. Mai 2015 gewählt wurde.

Aragonien



Eigene Darstellung, Quelle: El País.

In Aragonien, der flächenmäßig viertgrößten Gemeinschaft Spaniens, in der jedoch nur 1,3 Millionen Menschen leben, davon allein etwa die Hälfte in der Hauptstadt Zaragoza, wurde die Politik maßgeblich durch die Regionalpartei *Partido Aragonés Regionalista* (PAR) bestimmt, die zwar nie den Präsidenten der Gemeinschaft stellen konnte, seit 1983 jedoch lediglich 20 Monate nicht an der Regierung beteiligt war, sei es als Koalitionspartner von PSOE, PP oder als Stütze der Regierungsminderheit. Generell hat in Aragonien in der Demokratie noch nie eine Partei mit absoluter Mehrheit regiert.

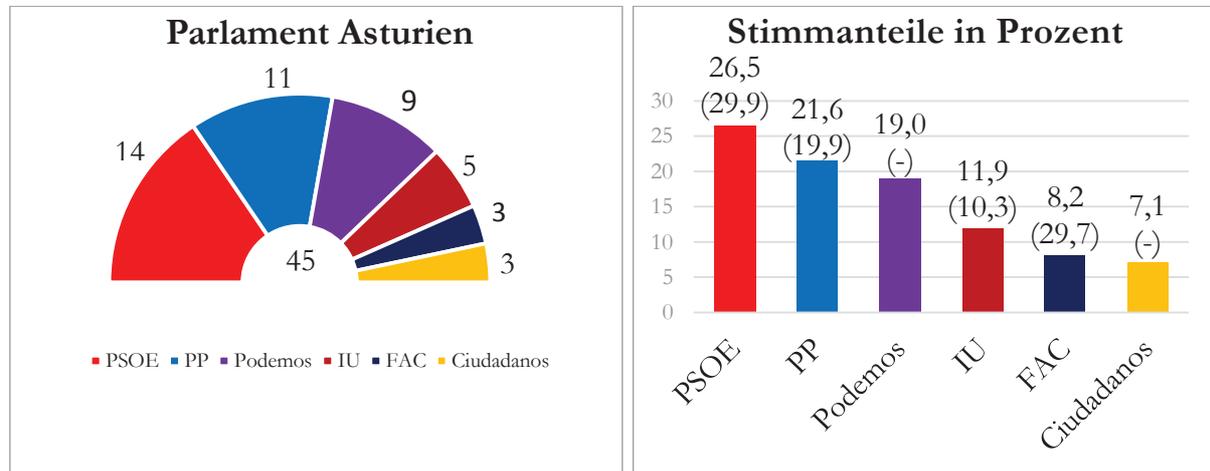
Somit war die PAR, die zwar nur einen Sitz im Parlament verlor, zusammen mit der PP, die neun Sitze abgeben musste, der große Verlierer der Regionalwahl. Da die von 2011-2015 regierende Luisa Fernanda Rudi von der PP in einer Koalition mit den potentiellen Koalitionspartnern nur auf 32 Abgeordnete gekommen wäre und dies zwei Sitze zu wenig für die absolute Mehrheit bedeutet hätte, war bereits früh klar, dass der PSOE-Kandidat Javier Lambán die besten Aussichten auf ihre Nachfolge haben würde.

Podemos konnte eines ihrer landesweit besten Ergebnisse erzielen, entscheidend war hier die hohe Wahlbeteiligung von über 70 Prozent bei der jüngeren Bevölkerung, die mehrheitlich die neuen Parteien Podemos und Ciudadanos wählte. Gleichzeitig wurden einem der landesweit prominentesten Podemos-Gesichter, Pablo Echenique, Ambitionen auf die Präsidentschaft nachgesagt. Die PSOE, die sich von vornherein flexibel in den Verhandlungen mit möglichen Bündnispartnern zeigte, schloss lediglich aus, mit der PP und der PAR, aufgrund ihrer unsozialen Politik in der vorigen Legislaturperiode, zu reden. Insbesondere in der Sozialpolitik konnte sie weitgehende Gemeinsamkeiten mit Podemos, der links-regionalistischen *Chunta Aragonesa* (CHA) und IU finden.

Dennoch stockten die Verhandlungen für kurze Zeit, Podemos machte schließlich mit einem Dokument des minimalen Konsenses die Amtseinführung des neuen aragonesischen Präsidenten Lambán möglich.

Die PSOE einigte sich zudem mit der CHA, die einen Minister stellt, auf eine Minderheitsregierung. Podemos hat lediglich der Amtseinführung zugestimmt und wird wie PP, Ciudadanos und IU in die Opposition gehen. Aufgrund der programmatischen Nähe wird die PSOE in der folgenden Legislaturperiode vor allem auf die Stimmen von Podemos angewiesen sein, um Gesetze durch das Parlament zu bekommen.

Asturien



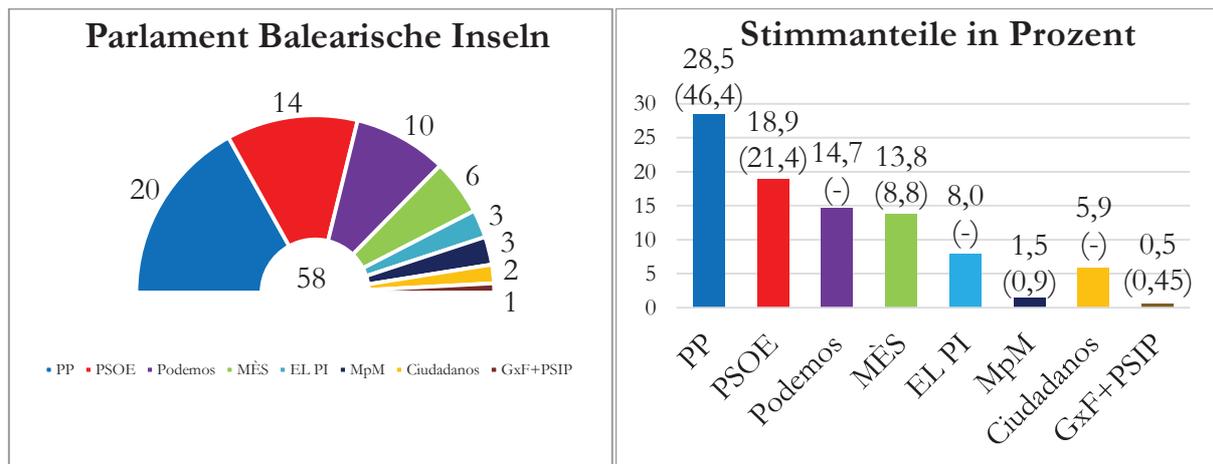
Eigene Darstellung, Quelle: El País.

Im nordspanischen Asturien hatte bereits in der vorherigen Legislaturperiode eine Minderheitsregierung unter dem Präsidenten Javier Fernández von der PSOE regiert. Somit galt Asturien als eine Art Laboratorium für Minderheitsregierungen, die für eine Entscheidungsfindung mit anderen Parteien punktuelle Pakte schließen müssen. Es war schon nach den ersten Hochrechnungen klar, dass sich diese Tendenz im neuen Parlament, welches das am stärksten fragmentierte in der asturianischen Geschichte ist, weiter verstärken wird. Die IU konnte hier ihr landesweit bestes Ergebnis einfahren.

Neben Navarra ist Asturien die einzige Gemeinschaft, in der die PP Sitze hinzugewinnen konnte. Dabei liegt dies weniger an der Stärke der PP, sondern an dem Wahldebakel der konservativen Regionalpartei Foro Asturias, die 2011 unter Exminister Francisco Álvarez-Cascos als eine Abspaltung der PP entstand.

Bereits im Vorfeld der Wahl kam es zu Spannungen zwischen Podemos und der PSOE, insbesondere aufgrund der zahlreichen Korruptionsskandale der asturianischen Sozialdemokraten. In den Verhandlungen zeigte sich ähnlich wie in Andalusien, dass es Podemos schwer fällt mit Parteien zu sprechen, die in der vorherigen Legislaturperiode in der Regierungsverantwortung standen und dadurch gezwungen waren, umstrittene Maßnahmen durchzuführen. Lange Zeit kam es zu keiner Einigung für eine Mehrheit bezüglich des Präsidenten. In der entsprechenden Parlamentsabstimmung scheiterte er an den Enthaltungen von Ciudadanos, IU und Podemos, während die PP und Foro Asturias für den PP-Gegenkandidaten stimmten. Da die PSOE im zweiten Wahlgang nur eine einfache Mehrheit benötigte und die PSOE sich mit der IU auf eine Unterstützung einigen konnte, während Podemos und Ciudadanos sich enthielten, kann Fernández sein Mandat fortsetzen. In den nächsten vier Jahren kann er mit lediglich 14 von insgesamt 45 Abgeordneten rechnen, sodass er stark auf die Oppositionsparteien, insbesondere Podemos, zu gehen muss.

Balearische Inseln

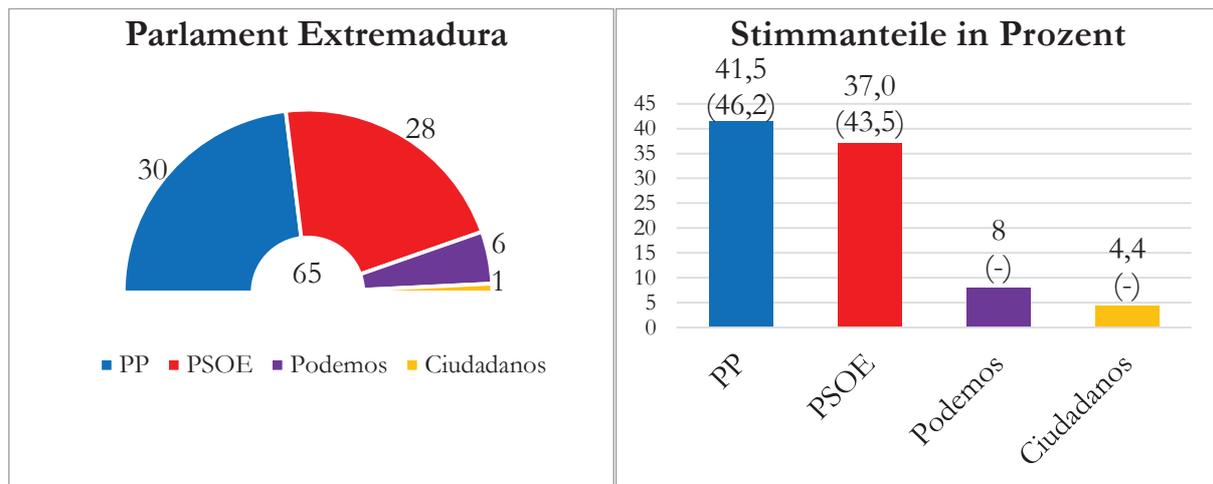


Eigene Darstellung, Quelle: El País.

Wie die meisten Autonomen Gemeinschaften wurden auch die Balearen von der PP mit absoluter Mehrheit regiert. Hier konnte die PP vor vier Jahren noch 46 Prozent bzw. 35 Sitze holen. 2015 musste sie ihre schwerste Niederlage auf den Balearen seit 1983 hinnehmen. Ein Grund hierfür dürften Korruptionsskandale gewesen sein, so sitzen derzeit allein 16 Ex-Politiker der balearischen PP im Gefängnis. Ähnlich wie auf den kanarischen Inseln ermöglicht es das mallorquinische Wahlsystem, dass Parteien mit sehr geringen Stimmenanteilen wie in diesem Fall *Gent per Formentera*, die nur auf der Insel Formentera antraten oder *Més per Menorca* (MpM), die sich lediglich auf Menorca zur Wahl stellten, allerdings mit der größeren Partei *Més per Mallorca* (MÈS) zusammenhängen, Repräsentanz im Parlament erreichen können. Nach der Wahl trat José Ramón Bauzá (geb. 1970) von der PP als Präsident zurück und wird in Zukunft die Gemeinschaft als Mitglied im Senat vertreten. Da die PP auch hier nur eingeschränkte Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit anderen Kräften hatte (mit Ciudadanos und *Proposta per les Illes Balears* (EL PI)), führte die PSOE-Spitzenkandidatin Francina Armengol Sondierungsgespräche mit Podemos und den Ökonalisten von MÈS, die schnell zu einer Einigung führten. Armengol wird in der Zukunft in Koalition mit MÈS regieren, die für das Jahr 2016 eine Ökosteuer für Touristen angekündigt haben. Podemos wird nicht in die Regierung eintreten, bekam für die Unterstützung bei der Amtseinführung allerdings die Präsidentschaft des Parlaments zugesprochen.

Analysten haben für die nächste Legislaturperiode eine deutliche Verbesserung der Beziehungen zwischen Katalonien und den Balearen vorhergesagt. So wollen beide Gemeinschaften mehr auf dem kulturellen Gebiet zusammenarbeiten. Bereits kurz nach der Wahl wurde zudem festgelegt, dass Kenntnisse des Katalanischen wieder Voraussetzung sein müsse, um in der balearischen Verwaltung zu arbeiten.

Extremadura

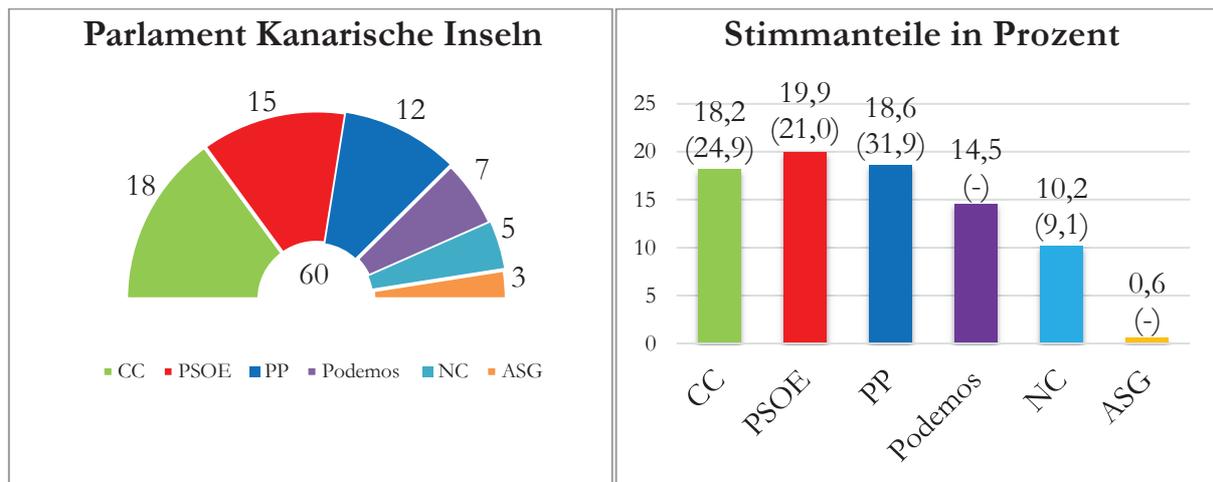


Eigene Darstellung, Quelle: El País.

Extremadura, die ärmste aller Autonomen Gemeinschaften mit einer Arbeitslosigkeit von über 30 Prozent, ist wie Kastilien-La Mancha traditionelles PSOE-Stammland und wurde seit 1982 bis zur Wahl Niederlage bei den Regionalwahlen 2011 durchgängig von den Sozialdemokraten regiert. José Antonio Monago von der PP benötigte damals die Enthaltung der IU für seine Wahl zum Präsidenten. Eine unter IU-Wählern umstrittene Allianz, für die sie in diesem Jahr abgestraft wurde und den Einzug in das Parlament verpasste.

Der PSOE-Spitzenkandidat und Vorgänger von Monago in der Präsidentschaft, Guillermo Fernandez Vara, entdeckte frühzeitig programmatische Gemeinsamkeiten mit den Vertretern von Podemos, die mit acht Prozent ein vergleichsweise schlechtes Resultat erreichten. Durch die Zusammensetzung der politischen Kräfteverhältnisse wurden sie jedoch zum entscheidenden Bündnispartner, um die absolute Mehrheit für eine Amtseinführung zu erreichen. Eine Besonderheit in den Verhandlungen war, dass die Sondierungsgespräche gemäß dem Gebot der Transparenz von Podemos im Internet übertragen wurden. Obwohl Monago schon früh eine Enthaltung bei der Wahl des Präsidenten angeboten hatte und dies der PSOE gereicht hätte, wollten die Sozialdemokraten sich klar von der PP abgrenzen. Während bei Themen wie den Maßnahmen gegen die Zwangsräumungen von Wohnungen schnell Einigkeit gefunden wurden, konnte bei der Begrenzung der Gehälter der Politiker keine Übereinkunft erzielt werden. Nach der Annahme von zehn roten Linien, die Podemos für die Verhandlungen formuliert hatte, stimmte die Mehrheit der Podemos-Mitglieder in einem internen Verfahren bei allerdings sehr geringer Wahlbeteiligung für eine Unterstützung Varas zur Amtseinführung. Ciudadanos und die PP enthielten sich bei der Wahl.

Kanarische Inseln

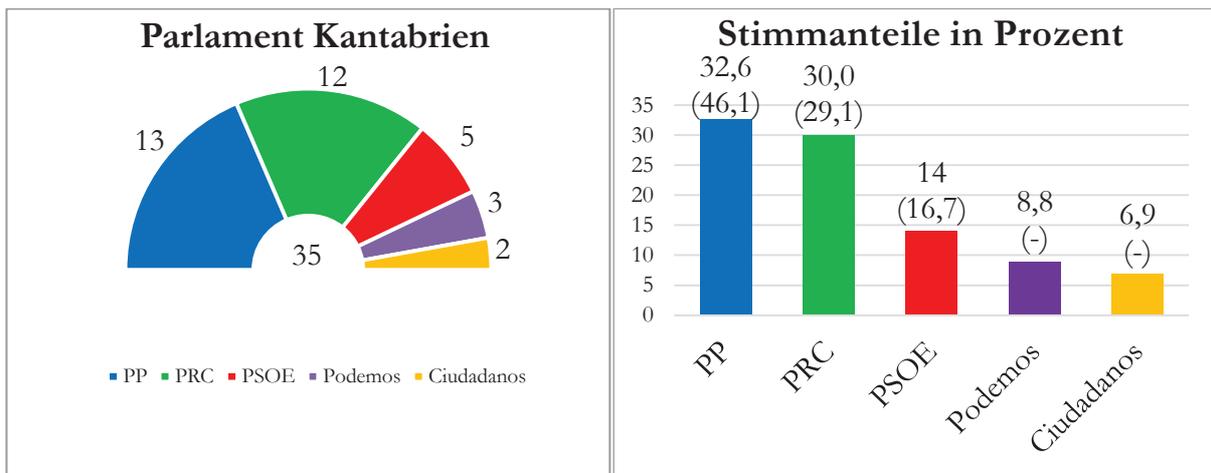


Eigene Darstellung, Quelle: El País.

Der kanarische Nationalismus mit seiner dominanten Partei *Coalición Canaria* (CC) regiert die Inseln bereits seit 1993 und musste bei dieser Regionalwahl das schlechteste Ergebnis seiner Geschichte verkraften. Zudem ist er zersplittert in die konservative CC und die weiter links anzusiedelnde *Nueva Canarias* (NC), die seit 2007 existiert. Das kanarische Wahlsystem gilt als das defizitärste aller Autonomen Gemeinschaften, auch bei dieser Wahl war es möglich, mit sehr wenigen Stimmen in das Parlament zu kommen. Dies gelang etwa der *Agrupación Socialista Gomera* (ASG), die nur auf der kleinen kanarischen Insel Gomera antrat und mit knapp über 5.000 Stimmen drei Parlamentssitze erringen konnte, während Ciudadanos mit mehr als dem zehnfachen an Stimmen bzw. 5,9 Prozent den Einzug in das Parlament verpasste. Diese Entwicklung wurde dadurch begünstigt, dass die kanarischen Inseln eine unterschiedliche Repräsentation im Parlament haben, wodurch die Inseln Hierro und Gomera stark überrepräsentiert sind.

Es wurde in Etappen auf den einzelnen Inseln verhandelt; die Regierungsbildung wurde direkt mit den Konsultationen um die Zusammensetzung der Exekutive in den *Cabildos*, d. h. den legislativen Körperschaften auf den Inseln, verbunden. Der linke Flügel des kanarischen Nationalismus um die NC stellte sich schon früh gegen eine Wahl des CC-Kandidaten Fernando Clavijo, der den vorherigen Präsidenten Paulino Rivero zuvor in einer innerparteilichen Abstimmung besiegt hatte. Der Vorwurf gegen Clavijo lautete, dass er keine Wahlreform durchsetzen und damit nichts gegen das territoriale Ungleichgewicht machen wollte. Schließlich wurde Clavijo mit den Stimmen von PP und ASG gewählt und wird in Zukunft die Gemeinschaft in Koalition mit der PP regieren. In seiner Einführungsrede sprach er sich für einen Wandel der Politik, Maßnahmen gegen Korruption, eine bessere Finanzierung durch die Zentralregierung, mehr Autonomie und nachhaltigen Tourismus aus.

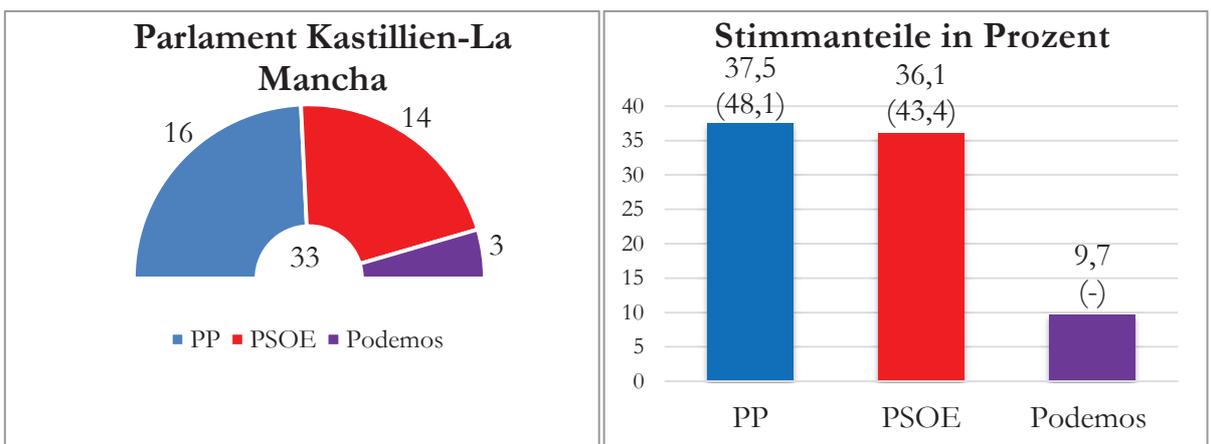
Kantabrien



Eigene Darstellung, Quelle: El País.

Auch in Kantabrien musste die PP trotz Wahlgewinns hohe Verluste hinnehmen. So stürzte sie von 20 auf 13 Parlamentssitze ab. Die Regionalpartei *Partido Regionalista de Cantabria* (PRC) dagegen konnte sich als großer Gewinner der Wahl fühlen. Sie erreichte mit 30 Prozent das beste Ergebnis ihrer Geschichte. Ihr Vorsitzender Miguel Ángel Revilla ist eine in den Medien sehr präzente Person. Er tritt als Anwalt der Armen auf und hat mehrere sehr erfolgreiche Bücher veröffentlicht, in denen er gegen die Mächtigen, die Bürokratie und die politische Klasse anschreibt.²⁷ Die PRC, die die Gemeinschaft bereits zwischen 2003 und 2011 in Koalition mit der PSOE regiert hatte, konnte Sondierungen mit Podemos und den Sozialdemokraten aufnehmen. Schließlich konnte er sich mit der PSOE auf eine erneute Koalitionsregierung einigen. Podemos beteiligt sich nicht an der Regierung und enthielt sich bei der Wahl Revillas zum neuen Präsidenten. Mit beiden Verhandlungspartnern konnte Revilla jedoch vor allem Gemeinsamkeiten im sozialpolitischen Bereich finden. Dies zeigte sich auch in seiner Antrittsrede, in der er verdeutlichte, dass es oberste Priorität sei, den Opfern der Wirtschaftskrise zu helfen. Zudem versprach er ein Transparenzportal für die zukünftige Regierung, in der die Bürger alle Einkommensangaben der Politiker und alle öffentlichen Verträge einsehen können.

Kastilien-La Mancha



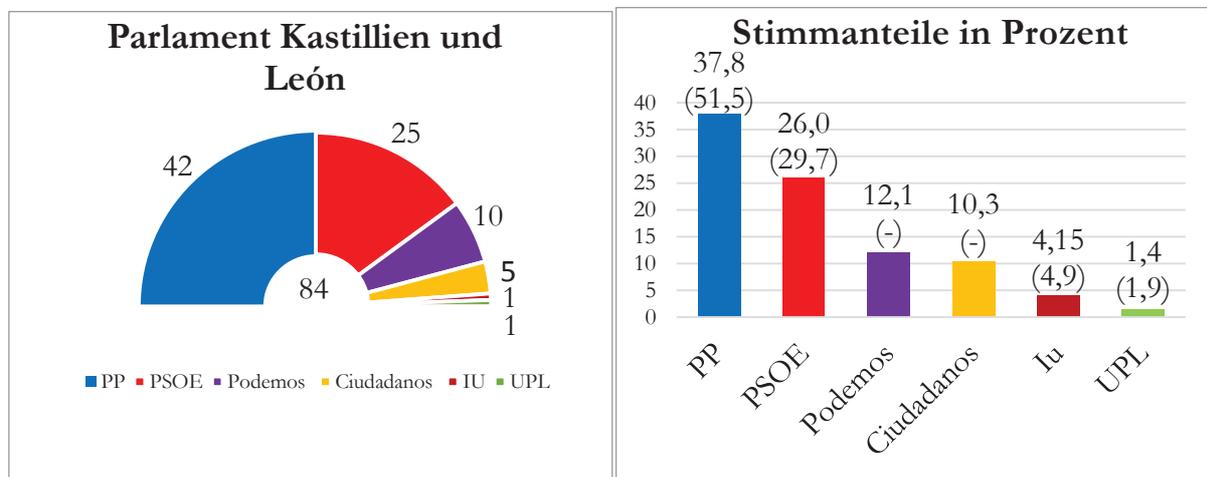
Eigene Darstellung, Quelle: El País.

Kastilien-La Mancha, die von der Fläche her drittgrößte Gemeinschaft Spaniens, mit etwa zwei Millionen Einwohnern allerdings sehr dünn besiedelt, war bis zur Wahl 2011 eigentlich eine traditionelle Hochburg der PSOE, bis sie die Macht an die PP und ihre Generalsekretärin auf nationaler Ebene, Maria Dolores de

²⁷ Zum Beispiel: Revilla, Miguel Ángel: *La jungla de los listos*. Barcelona 2014.

Cospedal, verlor. Cospedal hatte im Wahlkampf für reichlich Verwirrung und Häme gesorgt, da sie das PP-Wahlprogramm erst zwei Tage vor der Wahl präsentierte. Zudem ließ sie in ihrer Amtszeit eine umstrittene Parlamentsreform durchführen, sodass das Parlament von 49 auf 33 Abgeordnete verkleinert wurde und sich die Hürde für den Eintritt auf neun Prozent erhöhte mit dem vermeintlichen Ziel, kleineren Parteien den Weg in das Parlament zu erschweren. Diese Reform stellte sich im Nachhinein als kontraproduktiv heraus, da Ciudadanos als potentieller Koalitionspartner der PP mit 8,6 Prozent den Einzug in das Parlament knapp verpasste. Dementsprechend hatte der PSOE-Kandidaten Emiliano Garcia-Page beste Karten auf Cospedals Nachfolge, auch weil sich schon früh klare Überschneidungen zwischen PSOE und Podemos zeigten. So waren sich beide Parteien schnell bei Themen wie Transparenz, Partizipation und dem Sozialprogramm einig und präsentierten ein gemeinsames 13-Punkte-Programm. Nachdem Podemos elektronisch mit 96 Prozent die Zustimmung zur Unterstützung Garcia-Pages bei der Amtseinführung erhalten hatte, jedoch nicht in die Regierung eintrat, konnte Garcia-Page zu Cospedals Nachfolger ernannt werden.

Kastilien und León



Eigene Darstellung, Quelle: El País.

Kastilien und León, die flächenmäßig größte Autonome Gemeinschaft Spaniens, wurde bis zur Regionalwahl 2015 seit 1991 ununterbrochen von der PP mit absoluter Mehrheit regiert und ist somit bislang eine unangefochtene Machtbasis der Partei. Während sie vor vier Jahren ihr bisher bestes Wahlergebnis einfahren konnte, musste sie in diesem Jahr herbe Rückschläge hinnehmen. So verlor sie etwa 15 Prozent bzw. bekam fast 230.000 Stimmen weniger. Die PSOE konnte dagegen sowohl in Stimmen als auch in Parlamentssitzen leicht zulegen. Bestimmend für das neue politische Szenario war der Wahlerfolg neuer politischer Akteure wie Podemos und Ciudadanos, die sich auf Anhieb mit zehn respektive fünf Sitzen im Parlament wiederfinden.

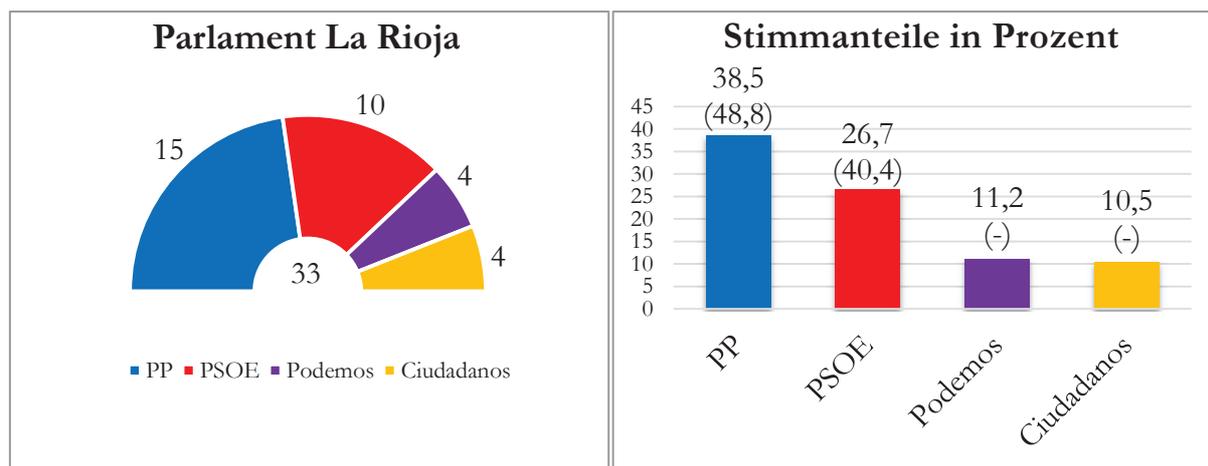
Juan Vicente Herrera von der PP, der die Gemeinschaft seit 2002 regiert, reagierte auf das schlechte Wahlergebnis, indem er nach der Wahl Spaniens Industrieminister José Manuel Soria aufgrund des Rückzugs der für die Region wichtigen Beihilfen für den Kohlebergbau zum Rücktritt aufforderte und auch die Spitzenkandidatur von Rajoy bei den kommenden nationalen Wahlen in Frage stellte.

Die Kontinuität der Regierung in der Gemeinschaft stand jedoch zu keinem Zeitpunkt wirklich in Frage. So akzeptierte die PP schnell das obligatorische Transparenz- und Antikorruptionspapier von Ciudadanos.²⁸ Zu Missstimmung zwischen den potentiellen Partnern kam es lediglich kurz, als die PP auch das

²⁸ Ciudadanos: Texto base de Ciudadanos de cara a su posicionamiento ante votaciones de investidura en municipios y comunidades autónomas. In: <http://www.aelpa.org/actualidad/201506/texto-base-ciudadanos.pdf> [Letzter Zugriff: 10.10.2015].

Gespräch mit den Regionalisten von der *Unión del Pueblo Leonés* (UPL) suchte. Ciudadanos befürchtete, dass dies zu einer Bevorzugung der leonesischen Provinzen führen könnte. Nach Abbruch dieser Gespräche konnte Herrera jedoch im zweiten Wahlgang durch die Enthaltung von Ciudadanos mit einfacher Mehrheit zum Präsidenten von Kastilien und León gewählt werden. In seiner Antrittsrede versprach er Hilfen für die Ankurbelung des Arbeitsmarktes und Bemühungen um eine Reform des Finanzierungsmodells durch den Zentralstaat. Die Regionalzeitung „*Diario de León*“ prophezeite Herrera aufgrund der fehlenden absoluten Mehrheit „das komplexeste aller seiner Mandate“.²⁹

La Rioja

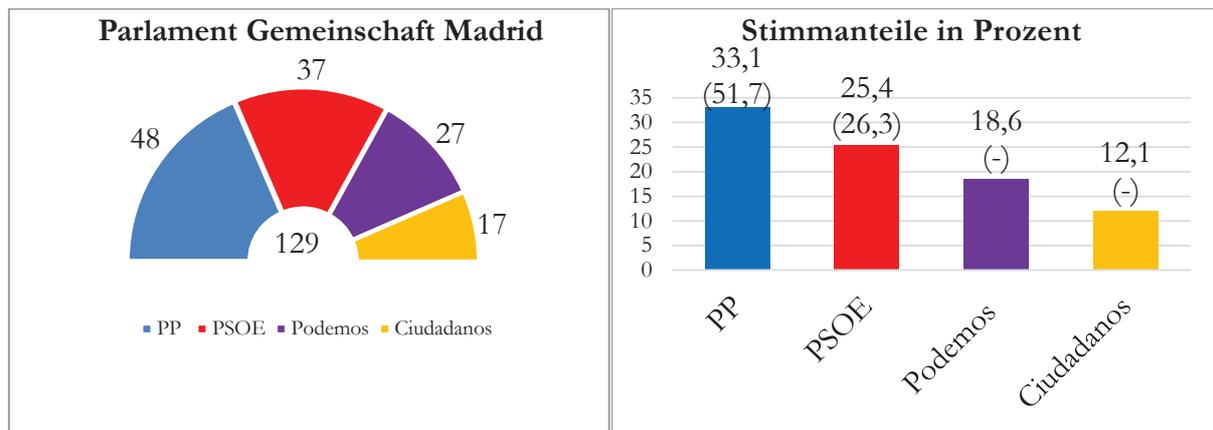


Eigene Darstellung, Quelle: El País.

Das ländliche La Rioja, die zweitkleinste autonome Gemeinschaft Spaniens, ist eine traditionelle Hochburg der PP. Insofern stellten die von ihr bei dieser Regionalwahl erreichten 38,5 Prozent ein unterdurchschnittliches Ergebnis für die PP dar. Schließlich erhielt sie im Jahr 2011 noch 48 Prozent der Stimmen. Zudem wurde La Rioja seit 1995 von Präsident Pedro Sanz mit absoluter Mehrheit regiert. Auch die PSOE musste erhebliche Stimmeneinbußen zu Gunsten der beiden neuen Akteure Podemos und Ciudadanos verkraften. Letztere forderten Sanz, nachdem er das obligatorische Transparenzpapier von Ciudadanos angenommen hatte, zum Rücktritt auf, um für ein „frischeres“ Gesicht Platz zu machen. Um einen politischen Stillstand zu vermeiden, musste dieser der Aufforderung nachkommen und wechselte als Senator für La Rioja in den Senat. Sein Nachfolger ist José Ignacio Cenicerros, der bis dato Parlamentspräsident von La Rioja war. Offiziell gab Sanz, der es nicht gewohnt war, politische Mehrheiten suchen zu müssen, die Instabilität der neuen Minderheitsregierung als Grund für seinen Rücktritt an. In der Tat wird Ciudadanos auch in dieser Gemeinschaft in die Opposition gehen und hat lediglich für die Amtseinführung von Cenicerros gestimmt.

²⁹ Vicente, Pedro: Nuevos y viejos compañeros de viaje. In: http://www.diariodeleon.es/noticias/opinion/nuevos-viejos-companeros-viaje_992184.html [Letzter Zugriff: 24.08.2015].

Gemeinschaft Madrid



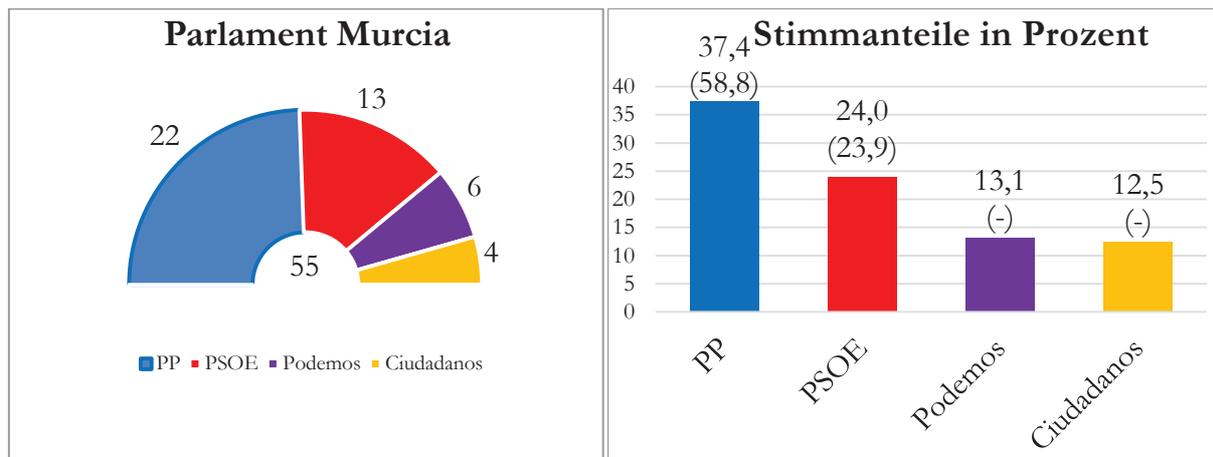
Eigene Darstellung, Quelle: El País.

In der Autonomen Gemeinschaft Madrid, die mit 6,45 Millionen Einwohnern hinter Andalusien und Katalonien die bevölkerungsreichste Region Spaniens stellt, musste die PP mit 33,1 Prozent der Wählerstimmen ebenfalls einen erheblichen Einbruch hinnehmen. So wählten etwa eine halbe Millionen Madrilenen weniger die Formation um PP-Spitzenkandidatin Christine Cifuentes; sie verlor somit ihre zuvor komfortable absolute Mehrheit und fiel von 72 auf 48 Abgeordnete im Madrider Parlament. Podemos konnte auf Anhieb 18,6 Prozent holen, Ciudadanos erzielte mit 12,1 Prozent ein starkes Ergebnis. Die Leidtragenden dieser Entwicklung war UPyD mit vormals acht Abgeordneten, die eine ähnliche Wählergruppe wie Ciudadanos ansprach, und IU, die mehr als die Hälfte ihrer Stimmen verlor und wie UPyD den Einzug in das Parlament verpasste.

Christina Cifuentes, die anders als die Madrider Bürgermeisterkandidatin Esperanza Aguirre einen deutlich sanfteren und versöhnlicheren Ton, insbesondere gegenüber Podemos, angeschlagen hatte und mit der Ablehnung der Privatisierung von Krankenhäusern oder dem Vorschlag der Abschaffung der Sonderrechte der Politiker schon im Wahlkampf auf ihre politischen Gegner zugegangen war, fand frühzeitig zahlreiche Anknüpfungspunkte mit Ciudadanos unter ihrem Spitzenkandidaten Ignacio Aguado. Letzterer erklärte jedoch, dass Ciudadanos sich nicht an einer Regierung beteiligen werde, sondern bei Erfüllung seiner Bedingungen lediglich für einen „Pakt der Regierbarkeit“ („*pacto de gobernabilidad*“) stimmen würde, um die Amtseinführung von Cifuentes zu ermöglichen. Diese Bedingungen waren wie in die übrigen Gemeinschaften, in denen die Stimmen von Ciudadanos benötigt wurden, die Abschaffung der Sonderrechte der Abgeordneten, die Verankerung parteiinterner Vorwahlen im PP-Parteistatut und die Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen. Im Rahmen dieser Maßnahmen der „demokratischen Erholung“ („*regeneración democrática*“) mussten auch zwei ehemalige PP-Minister zurücktreten, da sie der Korruption beschuldigt wurden. Unterschiede zwischen Ciudadanos und PSOE sowie Podemos, die zusammen die Wahl von Cifuentes hätten verhindern können, kamen vor allem in der Steuerpolitik zum Vorschein.

Im Laufe der Verhandlungen konnten sowohl Ciudadanos als auch die PP eine fast vollständige Übereinstimmung im Wirtschaftsprogramm feststellen. Ciudadanos plädierte allerdings für zusätzliche Ausgaben in Gesundheit und öffentlicher Bildung, auf deren leichte Anhebung sie sich mit der PP einigen konnte. Letztendlich konnte Cifuentes mit den Stimmen von PP und Ciudadanos zur neuen Präsidentin der Gemeinschaft gewählt werden, dafür musste sie allerdings mit den umstrittensten Projekten ihres Vorgängers Ignacio González, wie z. B. der Privatisierung des öffentlichen Wasserversorgungsunternehmens *Canal Isabel II*, brechen. In der Zukunft wird Cifuentes stark auf ihre politischen Gegner zugehen müssen und kann nicht auf den bedingungslosen Rückhalt von Ciudadanos zählen. Einen Vorgeschmack bekam sie bereits bei der Abstimmung zur Einführung des umstrittenen Gesetzes zur Verbesserung der Bildungsqualität LOMCE, das aufgrund der Gegenstimmen von Podemos und PSOE sowie der Enthaltung von Ciudadanos vorerst eingestellt wurde.

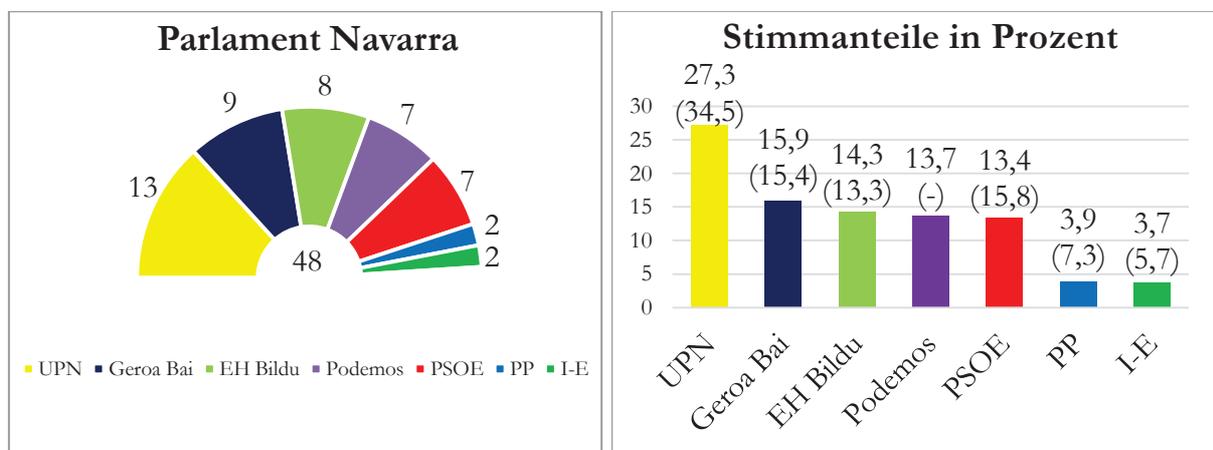
Gemeinschaft Murcia



Eigene Darstellung, Quelle: El País.

Die Autonome Gemeinschaft Murcia im Südosten Spaniens, neben Madrid und La Rioja die einzige, die nur aus einer Provinz besteht, wurde seit 1995 von der PP mit absoluter Mehrheit regiert. Bei diesen Wahlen musste sie hier in einer weiteren traditionellen Hochburg das schlechteste Ergebnis seit 1991 beklagen. So konnte sie zwar ein im Vergleich zu den anderen Parteien starkes Ergebnis erreichen, verlor jedoch mehr als 20 Prozent im Vergleich zur Wahl von 2011, als sie starke 58,8 Prozent erreichte. Während die PSOE in Murcia mit einem minimalen Prozentzuwachs zwei Parlamentssitze mehr als bei der vorherigen Wahlen erringen konnte, musste sich die IU, die vorher einen Sitz für sich beanspruchen konnte, aus dem Parlament verabschieden. Sowohl Podemos als auch Ciudadanos konnten dagegen als neue Akteure in das Parlament einziehen. Der PP-Spitzenkandidat Pedro Antonio Sánchez, der zuvor zehn Jahre lang Bürgermeister seiner Heimatstadt Puerto Lumbreras war, suchte aufgrund der fehlenden absoluten Mehrheit früh den Kontakt zu Ciudadanos. Auf Druck Letzterer musste zunächst der Delegierte der Regierung wegen Korruptionsvorwürfen zurücktreten. Nachdem Sánchez das Korruptions- und Transparenzpapier von Ciudadanos angenommen und Steuererleichterungen versprochen hatte, konnte er mit den Stimmen von PP und Ciudadanos schließlich zum neuen Präsidenten von Murcia gewählt werden. Da Ciudadanos auch hier nicht in die Regierung eintrat, steht Sánchez der ersten Minderheitsregierung in der Geschichte der Gemeinschaft vor.

Navarra



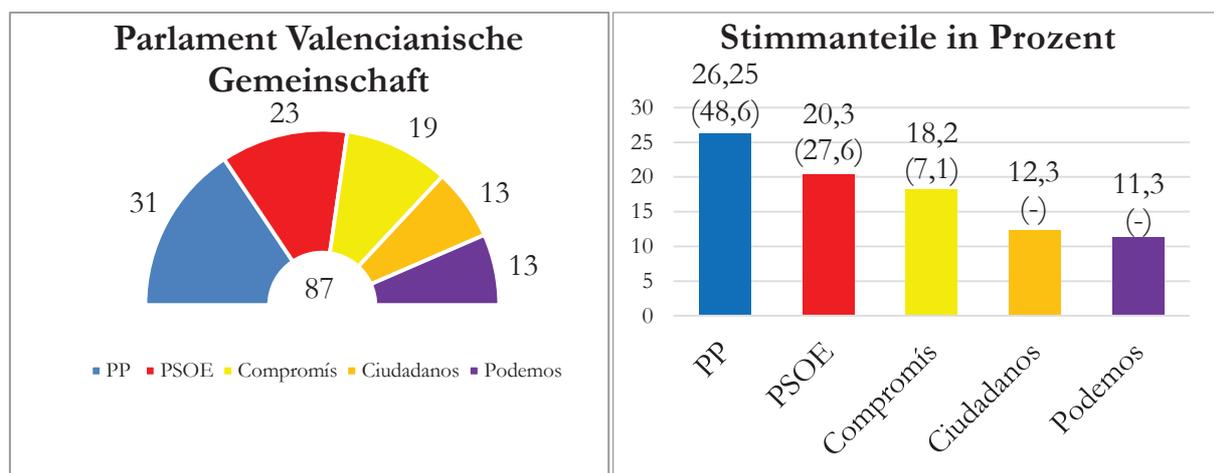
Eigene Darstellung, Quelle: El País.

Die Gemeinschaft Navarra hat neben Katalonien, den Balearn und den Kanarischen Inseln das am stärksten fragmentierte Parteiensystem Spaniens. Dies hat sich durch Podemos noch verstärkt, die 13,7 Prozent der Stimmen holen konnte. Die Wahl wurde zwar klar von der Regionalpartei *Unión del Pueblo Navarro* (UPN) gewonnen, die seit 1997 die Gemeinschaft regiert hat und sich bis zur Regionalwahl 2011

gemeinsam mit der PP zur Wahl stellte. Jedoch konnte insbesondere die Parteienkoalition Geroa Bai, an der u. a. die baskische Nationalpartei (PNV) beteiligt ist, die Fragmentierung des Parteiensystems und die Schwäche von PSOE und PP nutzen, die als potentielle Koalitionspartner der UPN in Frage gekommen wären. Die Geroa-Bai-Vorsitzende Uxue Barkos, die sich als baskische Nationalistin bezeichnet, verhandelte mit Podemos, dem IU-Ableger I-E sowie EH Bildu. Die Beteiligung letzterer Partei sorgte für große Empörung, da ihr eine Nähe zur baskischen Terrororganisation ETA nachgesagt wird. Um die Wogen zu glätten, schaltete sich sogar Podemos-Chef Pablo Iglesias in die Diskussion ein und verlangte, dass EH Bildu die ETA-Gewalt ablehnen müsse. Darauf verurteilte EH Bildu diese.

Die UPN um ihre Vorsitzende Yolanda Barcina, die sich in ihrem Wahlkampf bezüglich EH Bildu darauf konzentriert hatte, ein apokalyptisches Szenario zu beschwören, falls die Partei an die Macht kommen würde, meinte, dass die politische Linke Navarra zur vierten baskischen Provinz machen wolle. Diese Möglichkeit ist in der spanischen Verfassung in der Tat erwähnt.³⁰ Bereits früh versuchte Uxue Barkos jedoch in einem Interview mit der Tageszeitung *El País* zu verdeutlichen, dass sie kein Referendum über eine Vereinigung mit dem Baskenland abhalten wird.³¹ So waren die Hauptthemen in den Koalitionsverhandlungen die Schaffung von Arbeitsplätzen, der Kampf gegen die Korruption und die Stärkung des Wohlfahrtsstaates. Zudem einigten sie sich darauf, dass die Ikurrina, die baskische Flagge, nach Navarra zurückkehren und die baskische Sprache in allen öffentlichen Akten präsent sein und eine neue linguistische Politik durchgesetzt werden solle. So wird die Lehre der baskischen Sprache auf alle regionalen Schulen ausgeweitet, während sie vorher nur in einem Teil Navarras unterrichtet worden war. Zudem beschlossen sie, dass die Regierung aus einem Expertenkabinett bestehen wird und nicht aus Politikern der jeweiligen Parteien. An der Ernennung dieser Minister beteiligten sich Geroa Bai, EH Bildu und I-E, jedoch nicht Podemos. Die linguistische Veränderung des politischen Diskurses in Navarra zeigte sich bereits bei der Amtseinführung der neuen Präsidentin Barkos, als sie zunächst ihre Rede auf Spanisch und dann auf Baskisch hielt. Die konservative Tageszeitung *El Mundo* titelte: „Navarra ist bereits in der Hand des baskischen Nationalismus“.³²

Valencianische Gemeinschaft



Eigene Darstellung, Quelle: El País.

³⁰ In Artikel 143 der spanischen Verfassung wird festgelegt, dass sich aneinandergrenzende Provinzen mit gemeinsamen kulturellen, historischen und wirtschaftlichen Eigenschaften zu Autonomen Gemeinschaften zusammenschließen können. In der vierten transitorischen Verfügung wird bezüglich Navarra festgelegt, dass sich dieses mittels eines Referendums an das Baskenland anschließen kann.

³¹ Interview mit Uxue Barkos: Que yo sea ‘abertzale’ no significa que Navarra lo vaya a ser. In: http://politica.elpais.com/politica/2015/06/14/actualidad/1434303230_862231.html [Letzter Zugriff: 24.08.2015].

³² Prego, Victoria: Navarra está ya en poder del nacionalismo vasco. In: <http://www.elmundo.es/espana/2015/07/21/55ad5d8ae2704eb7748b459d.html> [Letzter Zugriff: 24.08.2015].

Die Valencianische Gemeinschaft, mit 5 Millionen Einwohnern auf einer Fläche etwa so groß wie Mecklenburg-Vorpommern eine der am engsten besiedelten Regionen Spaniens, wurde seit 1999 mit absoluter Mehrheit von der PP regiert. Dementsprechend war ihr Fall von 48,6 auf 26,25 Prozent und der Verlust von 600.000 Stimmen eine schwere Niederlage. Als große Überraschung der Wahl stellte sich das regionale Parteienbündnis *Compromís* heraus, das sich 2010 aus Nationalisten und Linken gegründet hatte und seine Sitze im Parlament mehr als verdreifachen konnte. Angeführt wird das Bündnis von der in Deutschland aufgewachsenen Monica Oltra, die sich erst 15-jährig mit ihren spanischen Eltern in der Region Valencia ansiedelte. Bereits kurz nach der Wahl trat der bisherige Präsident Alberto Fabra als Generalsekretär der valencianischen PP zurück. Zudem ereignete sich mit der Festnahme des Delegierten der Regierung, Serafin Castellano, der zuvor eine tragende Rolle im Wahlkampf der PP gespielt hatte und nun der Korruption beschuldigt wurde, ein großer Skandal.

Der linke Flügel des Parteienspektrums in Form von PSOE, *Compromís* und *Podemos* konnte in Verhandlungen um die künftige Regierung und deren programmatische Ausrichtung bereits früh Fortschritte erzielen und sich so auf Positionen zu Korruptionsbekämpfung, dem Finanzierungsmodell der Gemeinschaft, Armutsbekämpfung und Verbesserung der öffentlichen Dienste verständigen. Zu Uneinigkeiten kam es in der Frage der Nachfolge von Fabra als Präsident der Autonomen Gemeinschaft. Hier konnte sich Ximo Puig von der PSOE gegen Monica Oltra durchsetzen. Die drei Parteien einigten sich schließlich im nach dem Ort der Verhandlungen benannten „*acord del botanic*“³³ auf eine Regierungskoalition zwischen PSOE und *Compromís*, während *Podemos* zwar nicht in die Regierung eintritt, jedoch Teil einer Drei-Parteien-Kommission wird, die die Einhaltung der Beschlüsse überwacht. In seiner Antrittsrede kündigte Puig u. a. die Wiedereröffnung des 2013 geschlossenen Regionalfernsehens und die Öffnung der Schulspeisung für Kinder bedürftiger Familien im Sommer an.

Die Kommunalwahlen in den Städten Madrid, Barcelona und Valencia

Am 24. Mai wurde nicht nur über die Zusammensetzung der autonomen Parlamente und die Wahl der zukünftigen Regionalregierungen entschieden, sondern in allen 8.122 Ortschaften des Landes waren insgesamt 34.634.72 Spanier aufgerufen, über ihre zukünftige politische Vertretung zu bestimmen. Im Fokus der Öffentlichkeit standen die Wahlen in den größten Städten des Landes, insbesondere in Madrid, Barcelona und Valencia.

Alle drei Städte wurden bislang von konservativen Parteien regiert. Während in Madrid und Barcelona die PP den Bürgermeister stellte, war es in Barcelona das Mitte-Rechts-Bündnis CiU. In allen drei Städten waren die Regierungen in schwerwiegende Korruptionsskandale verwickelt: So war Madrid das Zentrum des bereits oben beschriebenen Korruptionsnetzes „*Púnica*“ oder weiterer Skandale wie „*Gürtel*“ und der „*Tarjetas Black*“, Valencia war ebenfalls in den „*Gürtel*“-Skandal verwickelt und sogar als das Zentrum der spanischen Korruption bekannt, das Rathaus von Barcelona wurde in das Korruptions- und Steuerhinterziehungsnetz des Ex-Präsidenten Kataloniens, Jordi Pujol, hineingezogen.

Während allerdings Valencia und Madrid bereits seit 1991 PP-Regierungen hatten, war Barcelona bis 2011 30 Jahre lang eine traditionelle Hochburg der *Partit dels Socialistes de Catalunya* (PSC), Schwesterpartei der PSOE. 2011 konnte jedoch die CiU nach 30 Jahren Anlauf einen ihrer größten Triumphe erzielen und mit ihrem Bürgermeister Xavier Trias in das Rathaus einziehen.

In allen größeren Städten traten linke Allianzen an, die maßgeblich aus Mitgliedern von *Podemos* und linken Bewegungen der Zivilgesellschaft bestanden. In **Madrid** hieß diese Allianz *Abora Madrid*, und wurde von der pensionierten Richterin Manuela Carmena angeführt. Carmena, in den 70er Jahren Mitglied der

³³ Acord del Botànic. In: <http://estaticos.elmundo.es/documentos/2015/06/11/botanic.pdf> [Letzter Zugriff: 10.10.2015].

Kommunistischen Partei Spaniens (PCE), Gründerin eines Anwaltsbüros von kommunistischen Anwälten, auf das 1976 von Rechtsextremen ein Anschlag verübt wurde, dem sie durch Abwesenheit entgehen konnte, und Mitgründerin der Organisation *Jueces para la Democracia* (Richter für die Demokratie), konnte im Wahlkampf viele Madrilenen mit ihrem ruhigen und sachlichen Ton überzeugen. Dieser stand im krassen Gegensatz zu ihrer Herausforderin Esperanza Aguirre von der PP. Aguirre, zwischen 2003 und 2012 Präsidentin der Gemeinschaft Madrid und eine der schillerndsten wie auch umstrittensten Figuren der spanischen Politik, wird von Konservativen in dem Maße verehrt wie sie von Linken gehasst wird. Anders als Carmena, die sich als „Großmutter“ aller Madrilenen inszenierte, verfolgte Aguirre eine Strategie der absoluten Polarisierung und griff ihre Widersacherin mehrmals mit umstrittenen Argumenten an. Durch die Dominanz dieser beiden Persönlichkeiten rückten die anderen Kandidaten in den Hintergrund. So konnte weder der sozialistische Kandidat Antonio Miguel Carmona noch die Kandidatin von Ciudadanos Begoña Villacis die Agenda sonderlich beeinflussen. Gänzlich marginalisiert agierte IU, die sich durch einen internen Machtkampf geschwächt sah und viele ihrer führenden Mitglieder an *Ahora Madrid* verloren hatte.

Den Personenwahlkampf zwischen Carmena und Aguirre konnte zwar Aguirre und die PP knapp mit 34,55 Prozent vor Carmena mit 31,85 Prozent gewinnen, letztere konnte jedoch von der Schwäche des potentiellen PP-Koalitionspartners Ciudadanos profitieren, der lediglich auf 11,4 Prozent gegenüber den 15,3 Prozent der PSOE kam, dessen Kandidat Carmona bereits früh im Dialog mit Carmena um eine mögliche Zusammenarbeit stand. *Ahora Madrid* und PSOE konnten in der Folge gemeinsame Positionen, insbesondere in der Sozialpolitik, finden, sodass die Sozialdemokraten ihr Einverständnis gaben, für Carmena bei der Wahl des Madrider Bürgermeisterpostens zu stimmen.

In **Barcelona** war das Feld der politischen Parteien zwar weitaus vielfältiger, doch war auch der dortige Wahlkampf von einer starken Polarisierung gekennzeichnet. Das von Podemos unterstützte Bündnis *Barcelona en Comú* konnte mit Ada Colau eine landesweite Ikone der Linken präsentieren. Colau, vormals Vorsitzende und Gründerin der „*Plataforma de Afectados por la Hipoteca*“ (PAH), die sich um Betroffene der Wirtschaftskrise kümmert, die die Hypotheken für ihre Wohnungen nicht mehr bedienen können und deswegen von Zwangsräumung bedroht sind, konnte anders als Carmena zwar ihren Wähleradius nicht weit jenseits der Linken ausdehnen, sie profitierte aber von einer Zersplitterung der städtischen Parteienlandschaft, die es ermöglichte, dass Colau lediglich 25,21 Prozent der Stimmen benötigte, um einen Vorsprung von einem Stadtrat vor der CiU um Xavier Trias zu erlangen, der auf 22,75 Prozent und 10 Stadträte kommen konnte. So ließ sich Colau mit den Stimmen der eigenen Fraktion, sowie der linken Partei *Esquerra Republicana de Catalunya* (ERC) und der linksradikalen *Candidatura d'Unitat Popular* (CUP) zur Bürgermeisterin wählen.

In **Valencia** trat zwar mit Valencia en Comú ebenfalls eine von Podemos dominierte Wahlplattform an, diese hatte in der drittgrößten spanischen Stadt allerdings etwas weniger Gewicht, da dort mit Compromís bereits ein Akteur der neuen Linken existierte. Angeführt wurde Compromís vom ehemaligen Lehrstuhlinhaber der Chemie, Joan Ribó, der sich mit seiner Partei in einer ähnlichen Situation befand wie Carmena in Madrid. Mit Rita Barberá von der PP, Bürgermeisterin Valentias seit 1991, hatte er eine Gegenspielerin, die durch ihre Persönlichkeit und Rhetorik die Bevölkerung polarisierte und im Ruf stand, selber tief in die weitverzweigte Korruption verstrickt zu sein. Nicht zuletzt deshalb fuhr sie ein katastrophales Wahlergebnis ein und stürzte von 52,5 Prozent im Jahr 2011 auf 25,7 Prozent ab. Ribó und Compromís konnten mit 23,3 Prozent gegenüber neun Prozent bei der letzten Wahl einen fulminanten Zuwachs verzeichnen und mit der PSOE und Valencia en Comú mit zwei Koalitionspartnern rechnen, die vor allem das Ziel hatten, Rita Barberá aus dem Rathaus zu vertreiben. Letztere hatte als einzige Option eine Zusammenarbeit mit Ciudadanos, die zwar mit 15,4 Prozent ein exzellentes Ergebnis erzielte, jedoch nicht genug Stadträte stellen konnte, um die erneute Amtseinführung von Barberá zu sichern. Dementsprechend wurde Joan Ribó zum neuen Bürgermeister der Stadt gewählt.

Einschätzung der Regional- und Kommunalwahlen

Mehr noch als die politischen Veränderungen in den Autonomen Gemeinschaften sind die Wahlergebnisse in den großen Städten als eine Zäsur in der spanischen Politik zu bezeichnen. So regiert die PP von den zehn größten Städten nun lediglich Málaga und Murcia. Neben Barcelona, Madrid und Valencia werden zudem noch Zaragoza, A Coruña, Santiago de Compostela, Badalona oder Cádiz von Podemos nahestehenden Plattformen regiert, und in vielen anderen bedeutenden Städten haben diese zur Regierungsbildung maßgeblich beigetragen. Da die PP im Gegensatz zu ihren Gegnern in nahezu allen Ortschaften Spaniens angetreten ist, kann sie immer noch in 3.006 Ortschaften die politische Führung stellen (2011: 3.745). Dies kann jedoch nicht über ihren einschneidenden Machtverlust auf lokaler Ebene hinwegtäuschen. Auf der Provinzebene musste die PP ebenfalls herbe Verluste hinnehmen, so regiert sie nur noch 15 von insgesamt 52 Provinzregierungen (PSOE: 18) bis zum 24. Mai waren es noch 34 (PSOE: 7).³⁴

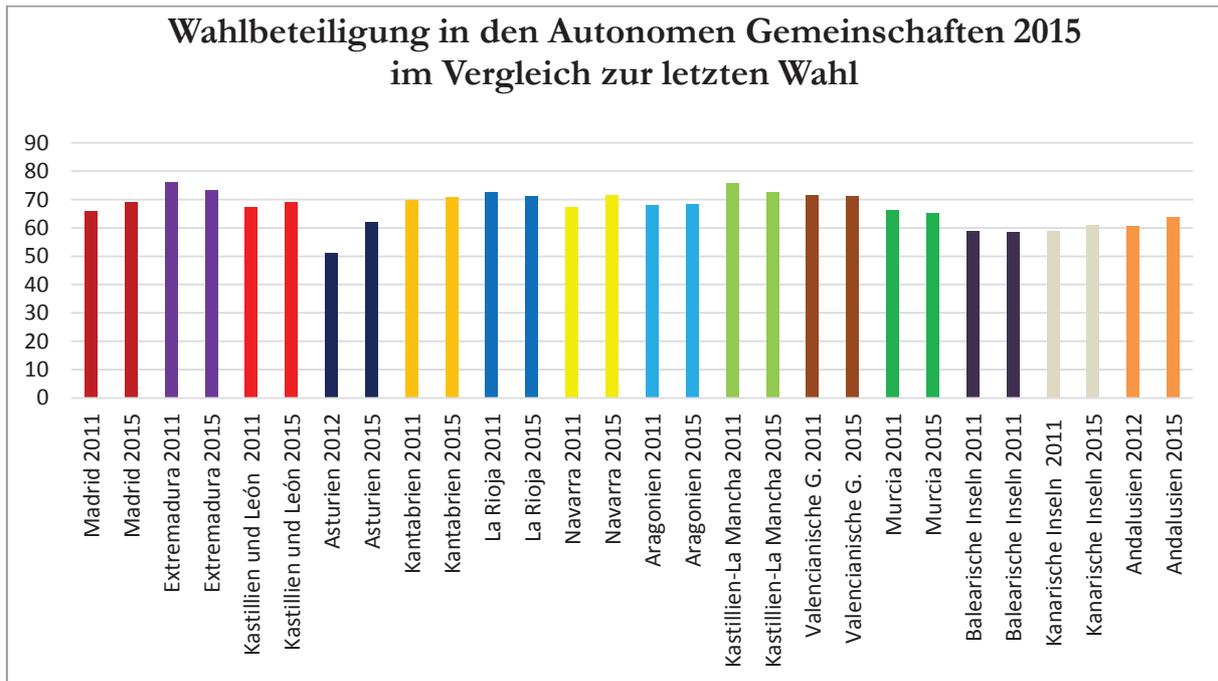
Die PSOE muss mit schwachen Ergebnissen auf städtischer Ebene leben. So konnte sie nur einen klaren Gewinner in größeren Städten stellen: Abel Caballero, der in Vigo 52 Prozent der Stimmen holen konnte. Des Weiteren muss festgestellt werden, dass es in den Städten kaum noch klare Mehrheiten gibt, sondern das Prinzip des „Regieren lassens“ gilt: Eine Partei muss sich für jede ihrer legislativen Entscheidungen Mehrheiten suchen und ist somit auf deren Wohlwollen angewiesen. Dass die drei Metropolen Madrid, Barcelona und Valencia nun in Händen von Podemos-nahen Bewegungen sind, die in den Medien oftmals als Stellvertreter der Partei mit anderem Namen dargestellt werden, ist eine der einschneidendsten Veränderungen in der spanischen politischen Landschaft seit der Transition und wird von Podemos-Generalsekretär Pablo Iglesias als der Anfang des Endes des „Regime von 1978“ dargestellt. So sagte er: „Der Motor der Veränderung sind die großen Städte.“³⁵

Die PP musste selbst auf autonomer Ebene einen erheblichen Machtverlust und die Ablösung langjähriger Präsidenten hinnehmen. Sie verlor durchschnittlich 14 Prozent ihrer Stimmen und hat lediglich in Asturien zugelegt, jedoch nur aufgrund der Schwäche einer konservativen Konkurrenzpartei. Von vorher elf Autonomen Gemeinschaften regiert sie nur noch fünf und ist auf den Kanarischen Inseln an der Regierung beteiligt. Mit anderen Worten: Zuvor hatten 25 Millionen Spaniern einen PP-Politiker als Präsident ihrer Gemeinschaft, nun sind es nur noch etwa elf Millionen. Die PSOE konnte auf dieser Ebene ihre Macht deutlich ausbauen und regiert nun in sieben statt vorher zwei Gemeinschaften. Sie regiert nun mehr als 20 Millionen Menschen gegenüber 9,5 Millionen vor der Wahl. Diese Zahlen sind besonders wichtig, wenn berücksichtigt wird, dass etwa 50 Prozent der öffentlichen Haushalte Spaniens von Entscheidungen in den Autonomen Gemeinschaften abhängen.

Bezüglich der Wahlbeteiligung kann festgestellt werden, dass diese auf autonomer Ebene im Durchschnitt leicht zugenommen hat: So stieg sie im Durchschnitt von 66,51 Prozent auf 67,65 Prozent, was im Bezug zu anderen europäischen Regionalwahlen vergleichsweise hoch ist. Den einzigen größeren Ausreißer konnte Asturien verzeichnen. Dort nahm die Wahlbeteiligung von 51 Prozent auf 62 Prozent zu. Dieser leichte Anstieg lässt sich mit der verstärkten Mobilisierung der jüngeren Wähler erklären, die sich vor allem von Podemos und Ciudadanos angesprochen fühlten.

³⁴ Senserrich, Roger: La fragmentación fragmentada. Un repaso a los resultados de las elecciones municipales. In: <http://politikon.es/2015/05/25/la-fragmentacion-fragmentada-un-repaso-a-los-resultados-de-las-elecciones-municipales/> [Letzter Zugriff: 10.10.2015].

³⁵ Interview mit Pablo Iglesias: “He hablado con Pedro Sánchez, se ha roto el hielo y existe ya un canal de comunicación”. In: http://www.eldiario.es/politica/Pablo-Iglesias-Podemos-investiduras-PSOE_0_392311569.html [Letzter Zugriff: 24.08.2015].



Eigene Darstellung; Quelle: La Nueva España.

Die schlechten Wahlergebnisse der PP können unabhängig von dem Aufstieg neuer Parteien an drei Gründen festgemacht werden: Den seit 2011 vorgenommenen drastischen Kürzungen, vor allem im Sozialhaushalt; der geringen Empathie der PP-Politiker für die Probleme der Bürger (wie in den medial aufsehenerregenden Fällen von Zwangsräumungen); und in der grassierenden Korruption, die anders als in früheren Zeiten nun von den Wählern konsequent bestraft wurde. So zeigt eine Studie der PSOE-nahen *Fundación Alternativas*, dass die Wiederwahl von der Korruption beschuldigter Politiker im Gegensatz zu 2007 drastisch zurückgegangen sind. 2007 waren es noch 70 Prozent, 2011 59 Prozent, nun nur noch eine Handvoll.³⁶ Allerdings ist vor allem zwischen zwei Typen von Korruption zu unterscheiden. Als besonders niederträchtig wird gemeinhin die Selbstbereicherung von Politikern angesehen, die zum selben Zeitpunkt für drastische Sozialkürzungen stimmten. Als weniger schlimm wird anscheinend klientelistische Korruption angesehen, wie sie etwa lange Zeit in Andalusien gang und gäbe war.

Wie bei vorherigen Wahlen konnte die PSOE kaum von Wechselwähler-Stimmen vormaliger PP-Wähler profitieren. Diese gingen diesmal an die aufstrebende Kraft Ciudadanos. Ciudadanos muss sich im Hinblick auf die nationale Wahl darum bemühen, nicht als bloßes Anhängsel der PP zu gelten und auch für andere Parteien wie die PSOE offen sein, was sie bereits in Andalusien praktiziert hat. Deswegen dürfte von ihr eine unbequeme Rolle in den Gemeinschaften zu erwarten sein, in denen sie die Amtseinführung von PP-Präsidenten ermöglicht hat. Von dem Nichteintreten in die Regionalregierungen bzw. dem „regieren lassen“ könnte neben Ciudadanos Podemos profitieren. So besteht nicht die Möglichkeit, dass sie wegen politischer Fehler oder Skandale in der Regierung von den anderen Parteien oder der Presse angeschwärzt werden oder sich anderweitig „die Finger verbrennen“. Dennoch wird die PP die Uneinigkeit in den städtischen wie auch autonomen Legislativen ausnutzen und auf die vor allem von den linken Parteien hervorgerufene Instabilität hinweisen.

Unmittelbar nach der Wahl wurde in den spanischen Medien fast einhellig das neue Zeitalter der Pakte ausgerufen. Eine Studie des Autoren-Kollektivs *Polítikon* hat jedoch ergeben, dass von allen 170 bisherigen autonomen Regierungen seit 1981 lediglich 67 bzw. 39,4 Prozent mit einer absoluten Mehrheit ausgestat-

³⁶ El Confidencial: Los españoles reeligieron a 40 de los 69 alcaldes corruptos que compitieron en 2011.

In: http://www.elconfidencial.com/espana/2012-04-16/los-espanoles-reeligieron-a-40-de-los-69-alcaldes-corruptos-que-compitieron-en-2011_232432/ [Letzter Zugriff: 24.08.2015].

tet waren, während es 34,1 Prozent Koalitionsregierungen und 26,5 Prozent Minderheitsregierungen gab.³⁷ Die Besonderheit der 13 sich neu konstituierenden Regierungen ist jedoch, dass lediglich die Regierung auf den Kanarischen Inseln nun von einer Koalitionsregierung in absoluter Mehrheit regiert wird und in allen anderen der zwölf Gemeinschaften wie auch in Andalusien bei jeder Entscheidung die Mehrheiten gesucht werden müssen, was das Regieren zu einer sehr langwierigen Angelegenheit machen kann.

Allgemein ist bei den Wahlen ein Phänomen zu beobachten, dass der Soziologe Ignacio Sánchez-Cuenca als „demokratische Machtlosigkeit“ („*impotencia democrática*“) beschrieben hat. So können in Zeiten der internationalen Abhängigkeiten inhaltlich kaum noch wesentliche politische Alternativen präsentiert werden, sodass als wahlentscheidend weniger inhaltliche Kriterien gelten, sondern die Bürger nach Politikern suchen, die ehrlich statt korrupt auftreten sowie bescheiden statt abgehoben.³⁸ Letztere Eigenschaft wurde vor allem Politikern der PP vorgeworfen. So ist bei Parteien wie Podemos oder Plattformen wie *Ahora Madrid* weniger der Inhalt wichtig, sondern vor allem die „Säuberung“ der „alten“ Politik. Dies zeigt sich in den Gesten ihrer Politiker: So fährt Manuela Carmena mit der U-Bahn zur Arbeit, Joan Ribó mit dem Fahrrad. Nur bei wichtigen Anlässen nehmen sie ihren Dienstwagen mit Chauffeur in Anspruch. Die meisten Politiker von Podemos oder der Plattformen verzichten nach eigenen Angaben zudem auf einen Großteil ihres Gehaltes. Sie möchten den Bürgern zeigen, dass sie nur der verlängerte Arm des Volkswillens sind und deswegen auch keine Privilegien erwarten. Dies ist eine Antwort auf die Bewegung des *15-M*, die vor vier Jahren auf die Politiker gemünzt noch postulierte: „Sie repräsentieren uns nicht“ („*No nos representan*“). Diese Haltung wird von Beobachtern u. a. als Populismus kritisiert, wobei angemerkt werden muss, dass in der spanischen Politik nach 1975 populistische Parteien keine Rolle spielten.³⁹ So gehe es den neuen Akteuren, vor allem in den großen Rathäusern, weniger darum, substantielle Veränderungen in der Politik vorzunehmen, sondern Aktivismus zu betreiben. Als Beispiele wird das Hissen von umstrittenen Flaggen, das Moratorium für das Erteilen von Hotellizenzen in Barcelona, die Entfernung der Büste von Juan Carlos I. aus dem Sitzungssaal des dortigen Parlaments, die angestrebte Veränderung von noch verbreiteter Straßennamen des Franquismus oder die Unterbringung von Hausbesetzerkollektiven in öffentlichen Gebäuden angeführt.

Gleichwohl ist jedoch auch inhaltlich ein Wechsel in der spanischen Politik zu beobachten. Eine Analyse der ersten Maßnahmen aller neuen autonomen Regierungen zeigt, dass bei der Sozialpolitik angesetzt wurde, und dies unabhängig von der politischen Couleur. So leitete auch die von Ciudadanos tolerierte PP-Regierung in Madrid Maßnahmen gegen die Zwangsräumungen ein, stoppte die Privatisierung eines für die Wasserversorgung wichtigen Kanals und möchte die Gesundheitsversorgung für illegale Immigranten wieder einführen. Durch die vielen neuen Regierungen und das teilweise Erstarken von Regionalparteien wie der PRC, Compromís oder Geroa Bai ist der Widerstand gegen Maßnahmen der Zentralregierung größer geworden und sie treten wesentlich fordernder auf, insbesondere was die autonome Finanzierung anbelangt. Umstrittene Gesetze wie das Gesetz zur Verbesserung der Bildung (LOMCE) werden wohl lediglich in den PP-geführten Gemeinschaften umgesetzt. Es dürfte somit zu einer noch stärkeren Regionalisierung der politischen Landschaft kommen.

³⁷ Ramos, María; Simón, Pablo: Tres mitos sobre pactos y gobiernos de coalición. In: <http://politikon.es/2015/06/01/tres-mitos-sobre-pactos-y-gobiernos-de-coalicion-3/> [Letzter Zugriff: 24.08.2015].

³⁸ Sánchez-Cuenca Rodríguez, Ignacio: *La impotencia democrática. Sobre la crisis política en España*. Madrid 2014.

³⁹ Am 25. und 26. März 2015 veranstalteten die Fundación Pablo Iglesias und die Friedrich-Ebert-Stiftung in Madrid die Tagung „Neopopulismos en Europa.“, bei der u. a. über den Populismus von Podemos diskutiert wurde. Ein Tagungsbericht findet sich in Werz, Nikolaus: „Neopopulismos en Europa.“ Tagung der Fundación Pablo Iglesias und der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 25. bis 26. März 2015 in Madrid. In: <http://link.springer.com/article/10.1007/s12286-015-0245-x> [Letzter Zugriff: 07.10.2015].

Die Wahl am 27. September in Katalonien

Für den 27. September 2015 wurden in Katalonien vorgezogene Regionalwahlen ausgerufen. Dies war bereits der dritte Urnengang in dieser Gemeinschaft innerhalb von fünf Jahren und die mit Abstand wichtigste Entscheidung auf dieser Ebene 2015. Die Zeitung *El Mundo* bezeichnete sie gar als „die bedeutendsten Wahlen der Demokratie“.⁴⁰

Dementsprechend emotional wurde in der Debatte um eine Rechtmäßigkeit der katalanischen Unabhängigkeit und eventuelle Mittelwege diskutiert, die von einer Änderung der spanischen Verfassung in Richtung der Schaffung eines nicht genauer spezifizierten föderalen spanischen Staates bis zur Ermöglichung eines legalen Referendums über die Unabhängigkeit Kataloniens reichen.

In den letzten Jahren hat sich eine fragmentierte politische und gesellschaftliche Situation herausgebildet, die für Außenstehende kaum zu überblicken ist. Sie zeigt sich in der Vielzahl von Parteien, die eine reale Chance auf den Einzug in das katalanische Parlament hatten, mit dem Aufstieg von Podemos und dem Bruch der Parteienallianz CiU hat sie sich noch weiter verstärkt. Im Juni trennten sich die Christdemokraten von *Unió Democràtica de Catalunya* (UDC) von ihrem langjährigen Bündnispartner *Convergència Democràtica de Catalunya* (CDC), da erstere sich weigerten gemeinsam in einer Liste mit linken Kräften zu partizipieren und gegen eine unilaterale Loslösung von Spanien sind. Die besagte Liste heißt *Junts pel Sí* (Gemeinsam für das Ja) und wird von Raül Romeva angeführt, der bis 2014 für die linke *Iniciativa per Catalunya* (ICV) im Europaparlament saß. An der Liste, die sich bei den Wahlen am 27. September zur Wahl stellte, beteiligen sich weite Teile der Unabhängigkeitsbewegung sowie die Parteien CDC und *Esquerra Republicana de Catalunya* (ERC). Hervorzuheben sind der aktuelle katalanische Präsident Artur Mas von CDC und Oriol Junqueras, Vorsitzender der linken ERC. Unter Ausklammerung aller weiterer politischer Themen, zu denen CDC und ERC oft konträre Haltungen einnehmen, trat die Liste mit lediglich einem Programmpunkt an: Der Unabhängigkeit von Spanien. Zu diesem Zweck versuchten sie der Wahl einen plebiszitären Charakter zu geben, was darüber hinwegtäuschte, dass am 27. September lediglich eine normale Wahl wie in den anderen Autonomen Gemeinschaften stattfand.

Eine noch kompromisslosere Haltung gegenüber der Zentralregierung nahm die antikapitalistische und linksradikal auftretende „*Candidatura d'Unitat Popular*“ (CUP) ein, die eine sofortige unilaterale Sezession von Spanien verlangte. Sie stellte im Vorfeld der Wahl klar, dass sie den Kurs von *Junts pel Sí* in Richtung Unabhängigkeit, jedoch nicht die Wiederwahl von Artur Mas unterstützen werde, den sie für die sozialen Kürzungen sowie für eine neoliberale Politik verantwortlich macht.

Als Gegenspieler von *Junts pel Sí* stellte sich die linke Liste *Catalunya Sí que es Pot* (CSP, „Katalonien kann es doch“), bestehend aus Podemos, ICV und *Esquerra Unida*, auf. Angeführt wird sie von Lluís Rabell, Vorsitzender der *Federación de Asociaciones de Vecinos de Barcelona*, einem Zusammenschluss aller Barceloner Nachbarschaftsorganisationen. Sie sprach sich gegen eine Loslösung von Spanien aus, vertrat jedoch die Position, dass die Katalanen über ihr Schicksal inner- oder außerhalb eines spanischen Staates entscheiden können. Um dies zu ermöglichen, regten sie einen neuen verfassungsgebenden Prozess an, der u. a. die Selbstbestimmung der Nationalitäten beinhaltet.

Als klare Gegner einer Unabhängigkeit traten Ciudadanos und die PP an. Ciudadanos, mit Inés Arrimadas als Spitzenkandidatin, lehnte eine Sonderstellung von Katalonien gegenüber den anderen Autonomen Gemeinschaften jenseits kultureller und sprachlicher Eigenheiten ab. Sie pochten auf die Einhaltung der spanischen Verfassung, räumten aber eine Veränderung dieser zu Gunsten kultureller Sensibilitäten ein. Die PP schließlich ging auf Konfrontation mit der Unabhängigkeitsbewegung und wollte keine Konzessi-

⁴⁰ El Mundo: Las elecciones más importantes de la Democracia. In: <http://www.elmundo.es/opinion/2015/09/26/56059b27268e3eb8418b45b8.html> [Letzter Zugriff: 30.09.2015].

onen zu Gunsten letzterer zulassen. Wie auf nationaler Ebene vertrat sie auf regionaler Ebene einen Risikodiskurs, um unentschlossene Wähler zu gewinnen. Zudem drohte sie mit der Anwendung des Artikels 155 der spanischen Verfassung, der es bei einem Votum der absoluten Mehrheit des Senates dem Zentralstaat erlauben würde, eine Autonome Gemeinschaft zur Erfüllung seiner Pflichten zu zwingen, sollte diese zuvor gegen das Gemeinwohl des Staates verstoßen haben. Die zuvor in dem Parteienbündnis CiU fungierende UDC, die im Gegensatz zur CDC Dialog und Einigung mit der Zentralregierung sucht, jedoch eine gerechtere Finanzierung Kataloniens vom spanischen Zentralstaat verlangt (die einzige Forderung, die von allen politischen Kräften geteilt wird), tat sich schwer in der oppositionellen Rolle, da sie gegen ihren jahrzehntelangen Bündnispartner argumentieren musste.

Die PSC versuchte eine Mittlerrolle zwischen den PP und Ciudadanos sowie der Unabhängigkeitsbewegung einzunehmen. Sie trat zunächst für mehr Kompetenzen für Katalonien ein, geriet jedoch in einen gewissen Konflikt mit der nationalen Schwesterpartei PSOE, die sich dem Druck ihrer übrigen Regionalsektionen beugte, die keine Privilegien für Katalonien zulassen wollten. Dennoch verkündete auch PSOE-Chef Pedro Sánchez in der Vorwahlphase, dass Spanien als plurinationaler Staat die Einzigartigkeit Kataloniens anerkennen müsse. Diese Unentschiedenheit in der Ausrichtung wollte vor allem CSP für sich nutzbar machen. Das Bündnis versuchte das verlorene Wählerpotential der PSC anzusprechen, die immerhin zwischen 2003 und 2011 in einem Drei-Parteienbündnis mit ERC und ICV in Katalonien regiert hat.

Während die strikten Unabhängigkeitsgegner um Ciudadanos, PP und PSOE den vermeintlich plebiszitären Charakter der Wahlen zwar ablehnten, jedoch gegen die Separatismusbestrebungen mobil machen wollten, versuchte CSP mit einem sozialen Diskurs Wahlkampf zu führen. Sie warf Raül Romeva und der linken ERC vor, die Werte der Linken zu verraten und mit Artur Mas einen neoliberal agierenden Präsidenten zu stützen, der mit der Unabhängigkeitsrhetorik nur von der eigenen fehlgeschlagenen Politik und Korruption ablenken wollte. Dieser Vorwurf wurde zudem dadurch genährt, dass Mas zwar lediglich an vierter Stelle in der Liste rangierte, es jedoch als unumstritten galt, dass er bei einem Wahlerfolg seine Amtszeit als Präsident fortzusetzen versuchen würde.

Als „magische“ Grenze für ein Unabhängigkeitsvotum rief Artur Mas die Zahl von 68 Abgeordneten aus, die die absolute Mehrheit im katalanischen Parlament darstellen (2012 hatten CIU, ERC und CUP gemeinsam 74 Abgeordnete). Bei einem Erlangen dieser Marke versprachen sie, einen unabhängigen katalanischen Staat innerhalb von 18 Monaten zu schaffen. Die CUP, die sich als unabhängiger Teil dieses Blockes für eine Loslösung vom spanischen Staat verstand, stellte jedoch bereits im Vorfeld klar, dass sie dieses Vorhaben lediglich im Falle einer Mehrheit der Stimmen und nicht nur der Sitze unterstützen würde. In der Tat: Hätte die Wahl einen plebiszitären Charakter gehabt, hätte sie einer Stimmenmehrheit für die Unabhängigkeit bedurft. Eine Regionalwahl ist für ein solches Anliegen ungeeignet. So greift auch in Katalonien zur Umrechnung der Stimmen in Parlamentssitze das D'Hondt-Verfahren, welches die drei bevölkerungsschwachen Provinzen Lleida, Tarragona und Girona gegenüber der Provinz Barcelona klar bevorteilt, so dass nicht jede Stimme den gleichen Wert hat.

Im Vorfeld der Wahl wurde in Frage gestellt, ob die Unabhängigkeitsbefürworter überhaupt zu einer absoluten Mehrheit der Parlamentssitze kommen würden. So ergab eine Befragung des Umfrageinstituts *Metroscopia*, dass lediglich 29 Prozent der Katalanen für eine Unabhängigkeit plädierten, während 17 Prozent für ein Beibehalten der aktuellen Situation eintraten. 46 Prozent gaben an, für einen Mittelweg votieren zu wollen: Dass Katalonien ein Teil Spaniens bleibt, jedoch mit mehr ausschließlichen Kompetenzen gegenüber dem spanischen Zentral-

staat.⁴¹ Insbesondere dieses erhebliche Wählerpotential von 46 Prozent versuchten alle gegen eine Unabhängigkeit gerichteten Parteien bis auf die auf Konfrontationskurs gehende PP anzusprechen.

Die Festlegung des Wahltags auf den 27. September kann als Schachzug von Präsident Artur Mas gesehen werden, da der Auftakt der Wahlkampagne, die wie gesetzlich vorgeschrieben nur zwei Wochen dauern darf und am Freitagabend vor der Wahl endet, auf den 11. September fiel. Dies ist der katalanische Nationalfeiertag, an dem der Niederlage Kataloniens im spanischen Erbfolgekrieg vom 11. September 1714 gedacht wird. Während dieser Tag, auch „*Diada*“ genannt, früher eine eher geringe Rolle spielte, ist er seit 2010, als sich erstmals eine Millionen Menschen in Barcelona versammelten, um gegen das Urteil des spanischen Verfassungsgerichts bezüglich des Autonomiestatutes zu demonstrieren, zur wichtigsten Machtdemonstration der Unabhängigkeitsbewegung geworden.

In diesem Jahr konnten die Organisatoren *Omnium Cultural* und *Assemblea Nacional de Catalunya* (ANC), deren bekannteste Persönlichkeiten in der Liste *Junts pel Si* firmierten, gleichfalls zwischen einer und zwei Millionen Menschen auf der zentralen *Avingua Meridiana* in Barcelona mobilisieren. Unter dem Motto „*Via Lliure*“ (Freier Weg) formierten die Demonstranten ein aus der Luft sichtbares vielfarbiges Szenario, in dem jede Farbe für eine vermeintliche Errungenschaft stand, die durch die Unabhängigkeit erreicht werden könne. Artur Mas beteiligte sich nicht an der Demonstration, um seine institutionelle Rolle als Präsident aller Katalanen zu wahren, versicherte den Teilnehmern aber aus seinem Amtssitz Unterstützung für ihre Anliegen. Unabhängigkeitsgegner warfen den Organisatoren der beeindruckenden Zurschaustellung des Mobilisierungsgrades des Unabhängigkeitslagers vor, den katalanischen Nationalfeiertag für ihre eigenen Zwecke zu missbrauchen. Dieses Argument stützte das Motto der *Diada*: „Der 27. September, an dem alles beginnt“, eine klare Anspielung auf den Beginn eines möglichen Unabhängigkeitsprozesses nach den Wahlen am 27. September.

In den zwei Wochen der Wahlkampagne sollte das Katalonienthema in der gesamtspanischen Presse eine beispiellose Dominanz erleben, die Ende September lediglich kurzzeitig vom VW-Skandal unterbrochen wurde, da auch der spanische Markt stark von den Arbeitsplätzen des Automobilriesen abhängt. Die großen nationalen Zeitungen wie *El País* oder *El Mundo* positionieren sich wie bereits im Vorwahlkampf frontal gegen die Unabhängigkeitsbewegung in Katalonien und publizierten an die Katalanen gerichtete offene Briefe, um diese über den Irrweg ihrer politischen Führung und die Konsequenzen einer unilateralen Abspaltung von Spanien aufmerksam zu machen. Der ehemalige Ministerpräsident Felipe González nannte das Vorhaben ein „illegales und verantwortungsloses Abenteuer“, das missachten würde, dass Katalonien so viel Anerkennung und Selbstregierung genieße wie noch nie in seiner Geschichte und dass die katalanische Führung einen Irrweg verfolge, der zur internationalen Isolierung führen werde.⁴² Empörung erntete González teilweise aufgrund des Vergleiches des Unabhängigkeitsprozesses mit der deutschen und italienischen Politik der 1930er Jahre. *El País* widmete dem Thema in jeder Ausgabe mindestens einen gegen die Unabhängigkeitsbewegung gerichteten Leitartikel. Gleichzeitig wurde allerorten versichert, dass es sich bei den Wahlen nicht um ein Plebiszit, sondern lediglich um reguläre Wahlen einer Autonomen Gemeinschaft handele. Ähnlich verhielt sich der spanische staatliche Fernsehkanal RTVE.

Besondere Präsenz in der öffentlichen Diskussion nahm die Frage ein, ob Katalonien im Falle einer Unabhängigkeit in der Europäischen Union und im Euroraum bleiben könne. Diesbezüglich herrschte eigentlich bereits früh Klarheit: Sowohl führende EU-Politiker wie Kommissionpräsident Jean-Claude Juncker als auch Bundeskanzlerin Angela Merkel oder der britische Premierminister David Cameron vertraten die Position, dass Katalonien bei einer Abspaltung von Spanien nicht automatisch Mitglied der EU sei und auch den Euroraum ver-

⁴¹ Toharia, José Juan: Cataluña. Balance de situación. In: http://politica.elpais.com/politica/2015/08/16/actualidad/1439749297_075567.html [Letzter Zugriff: 24.08.2015].

⁴² González Márquez, Felipe: A los catalanes. In: http://elpais.com/elpais/2015/08/29/opinion/1440863481_811526.html [Letzter Zugriff: 01.10.2015].

lassen würde. Katalonien müsse sich erst wieder auf eine Mitgliedschaft bewerben und dabei hinter den derzeitigen Aspiranten einreihen. Insbesondere die Kommentare dieser internationalen Politiker führten zu großem Medienecho. Es entstand der Eindruck, dass auswärtigen Stimmen mehr Vertrauen geschenkt werde als dem inländischen Diskurs, der lediglich auf Konfrontation und gegenseitigen Vorwürfen basiere.

Eine Studie der PSOE-nahen *Fundación Alternativas* unterstützte die Sichtweise von Cameron, Merkel und Juncker. Die Untersuchung, die sich auf die juristische Ebene einer territorialen Sezession konzentrierte, hob hervor, dass die EU eine einseitige Abspaltung des Territoriums eines seiner Mitgliedsstaaten verbiete und dadurch die territoriale Integrität des Staates verletzt sehen würde. Zudem würde Katalonien den Euro- und den Schengen-Raum verlassen.⁴³ Auch die katalanische Wirtschaft und die dort ansässigen Banken warnten vor den wirtschaftlichen und finanziellen Konsequenzen. Banken wie Caixa-Bank, Sabadell, Santander oder BBVA verkündeten, Katalonien im Falle einer Unabhängigkeit verlassen zu wollen. Der spanische Zentralbankchef Luis María Linde warnte sogar vor einem möglichen „*corralito*“, einer zeitweiligen Beschränkung des Bargeldumlaufs, teilte kurz darauf jedoch mit, dass dieser sehr unwahrscheinlich sei.

Solche Stimmen wurden von Junts pel Sí-Politikern jedoch ignoriert. Artur Mas versicherte, dass die EU einen wirtschaftsstarke Raum wie Katalonien mit sieben Millionen Einwohnern nicht einfach gehen lassen würde. Selbst die Tatsache, dass bei einer Bewerbung um eine EU-Mitgliedschaft alle 28 EU-Mitglieder, u. a. Spanien oder Staaten mit ähnlichen Separatismusproblemen wie Frankreich, Belgien oder Italien, dem Eintritt Kataloniens zustimmen müssten (Art. 49. des EU-Vertrags), wurde in der Regel ignoriert.

Doch auch die Gegner der Unabhängigkeit konnten nicht immer mit fundiertem Wissen aufwarten. In einem Interview mit dem Journalisten Carlos Alsina vom Radio-Sender *Cadena Ser* musste der Journalist Mariano Rajoy darauf hinweisen, dass die Bürger Kataloniens im Fall einer Unabhängigkeit nicht die spanische Nationalität verlieren würden, da ihnen diese in Artikel 11.2. der Verfassung zugesichert sei. Unwissen von Rajoy bei diesem Aspekt sowie seine Nachfrage, ob dies denn auch die Angehörigkeit zur EU betreffen würde, was sein Gegenüber bejahte, sorgten für große Polemik in der Öffentlichkeit.⁴⁴ Zudem sendete die Zentralregierung in Madrid im Vorfeld der Wahlen eher Signale der Konfrontation statt Gesten der Annäherung und Versöhnung. So wurde im Eilverfahren eine klar auf Katalonien gemünzte Reform des spanischen Verfassungsgerichts angestrengt, die ermöglichen soll, seinen Urteilen Nachdruck zu verleihen, in dem es gegen deren Nichteinhaltung vorgehen kann. Für zusätzliche Irritation sorgte der Umstand, dass anlässlich der Verkündung dieser Reform eigens der PP-Kandidat auf die Präsidentschaft in Katalonien, Xavier Garcia Albiol, nach Madrid gereist war und von da aus martialisch verkündete: „Der Spaß ist zu Ende“.⁴⁵

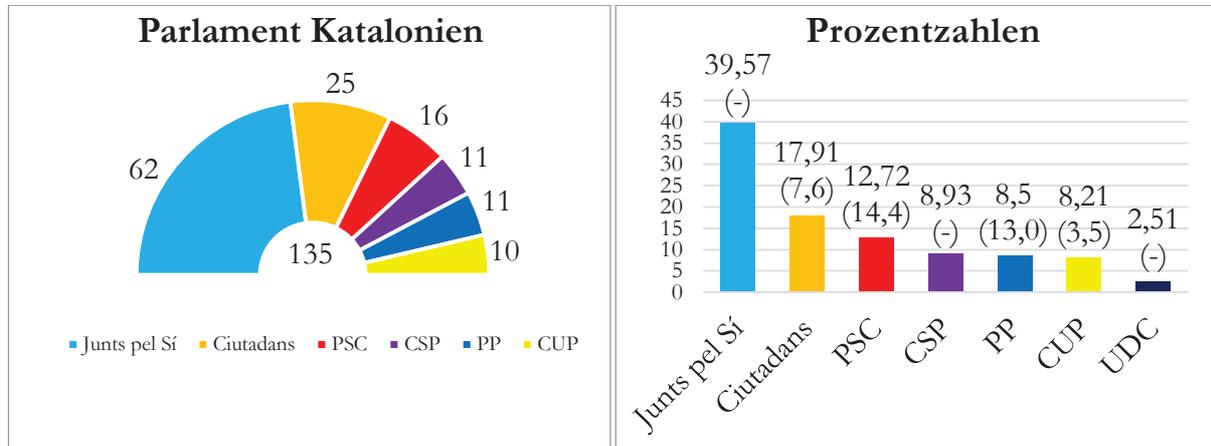
Trotz solcher Steilvorlagen aus der Hauptstadt konnten die Wortführer von Junts pel Sí, bis auf ihre Bezeugung, dass ein unabhängiges Katalonien Probleme wie die grassierende Korruption, soziale Ungerechtigkeit, fehlende Investitionen in die Bildung oder die Verschuldung lösen würde, da sie nun keine horrenden Leistungen mehr an den Zentralstaat abgeben müssten, kaum stichhaltige Argumente für eine Abspaltung von Spanien vorlegen. Stattdessen wurden alle Gegner der Unabhängigkeit pauschal als Feinde der katalanischen Sache abgetan und somit die Polarisierung noch weiter verstärkt. Es entstand der Eindruck, dass beide Seiten versuchten, aus der Unsicherheit der Bürger zu Gunsten ihres politischen Anliegens Kapital zu schlagen und zudem aus Kalkül oder Unwissenheit juristische Verwirrung stifteten.

⁴³ Fundación Alternativas: Cataluña ante la union europea. Las consecuencias jurídicas de la independencia. In: <http://ep00.epimg.net/descargables/2015/09/16/83cd6b0b22e71e665d269a31cdbfe0be.pdf> [Letzter Zugriff: 01.10.2015].

⁴⁴ El País: ¿Catalán, español o europeo? El lío de Rajoy en la entrevista con Carlos Alsina. In: http://verne.elpais.com/verne/2015/09/22/articulo/1442931255_127211.html [Letzter Zugriff: 10.10.2015].

⁴⁵ Fabra, María: El PP anuncia una reforma para que el Constitucional sancione a Mas. In: http://politica.elpais.com/politica/2015/09/01/actualidad/1441102059_121841.html [Letzter Zugriff: 01.10.2015].

Aufgrund der Polarisierung und der Bedeutung, die den Wahlen allerorten beigemessen wurde, war eine hohe Wahlbeteiligung anzunehmen. Sie erreichte am 27. September mit 77,44 Prozent ihren höchsten jemals bei einer autonomen Wahl in Katalonien gemessenen Stand und damit eine Steigerung von knapp acht Prozent gegenüber der Regionalwahl 2012.



Eigene Darstellung; Quelle: El País.

Wie an den Grafiken zu erkennen ist, wurde die Wahl klar von der Allianz Junts pel Sí gewonnen, die absolute Mehrheit von 68 Abgeordneten jedoch verfehlt. Der amtierende Präsident Artur Mas bräuchte demnach die Unterstützung der CUP, um im Amt bleiben zu können. Diese hatte jedoch bereits zuvor klar gestellt, dass sie eine Wiederwahl von Mas nicht unterstützen wird.

Die Lesart der Wahlergebnisse war je nach Positionierung zum Unabhängigkeitsprozess unterschiedlich. *El País* titelte: „Die Unabhängigkeitsbefürworter gewinnen die Wahlen und verlieren ihr Plebiszit.“⁴⁶ Der ERC-Vorsitzende Junqueras verkündete am Wahlabend vor Anhängern keck, man habe sowohl in Stimmen als auch Parlamentssitzen gewonnen. Artur Mas ließ verlauten, man fühle sich insbesondere durch die hohe Wahlbeteiligung legitimiert, das Vorhaben zur Schaffung eines unabhängigen Staates in 18 Monaten fortzusetzen. Dabei hatte er noch in der finalen Wahlkampfveranstaltung bekräftigt, das man die Ergebnisse wie ein Plebiszit lesen werde. Jedoch muss festgestellt werden: Wären die Wahlen ein Plebiszit gewesen, hätten die Unabhängigkeitsbefürworter von Junts pel Sí und CUP, die zusammen auf 47,78 Prozent kamen, die Abstimmung verloren. Dieses Tatsache machten sich alle großen nationalen Medien und die Unabhängigkeitsgegner zu eigen und sprachen ihnen die Legitimität ab.⁴⁷

Zum eigentlichen Sieger der Wahl wurde von der spanischen Presse Ciudadanos ausgerufen, die ihre Stimmenanzahl gegenüber der letzten Wahl auf mehr als 700.000 verdreifachen und auch die Abgeordnetenzahl von neun auf 25 steigern konnte. Besonders in alten PSC-Hochburgen in den Außenbezirken von Barcelona, dem sozialdemokratisch geprägten „roten Gürtel“, konnte Ciudadanos starke Ergebnisse erzielen. Auffällig ist zudem, dass Ciudadanos im sozial schwächsten Stadtteil Barcelonas, Nou Barris, gewann, in dem sich etwa CSP mit ihrem sozialen Diskurs Hoffnungen machte. CSP fuhr hingegen ein durchweg enttäuschendes Ergebnis ein, was zum einen ihrer widersprüchlichen Wahlkampagne angekreidet wurde, in der sie sich zwar gegen eine Unabhängigkeit aussprach, jedoch ein verfassungsmäßig zugesichertes Referendum forderte. Zudem präsentierte sie mit Lluís Rabell einen wenig charismatischen Kandidaten.

⁴⁶ Noguera, Miquel: Los independentistas ganan las elecciones y pierden su plebiscito. In: http://ccaa.elpais.com/ccaa/2015/09/27/catalunya/1443387513_045607.html [Letzter Zugriff: 01.10.2015].

⁴⁷ Eine erste Wahlanalyse der in Madrid ansässigen spanischen Büros der Konrad-Adenauer Stiftung findet sich in: Konrad Adenauer Stiftung Madrid: Newsletter September II 2015. In: http://www.kas.de/wf/doc/kas_42660-1522-1-30.pdf?150928161213 [Letzter Aufruf: 07.10.2015]. Der Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung Madrid Michael Ehrke hat dem IPG Journal ein Interview zu den Wahlergebnissen gegeben: Interview mit Michael Ehrke: „Die Wahlen, nicht das Plebiszit gewonnen.“ In: <http://www.ipg-journal.de/kurzinterview/artikel/die-wahlen-nicht-das-plebiszit-gewonnen-1082/> [Letzter Zugriff: 07.10.2015].

Die Protagonisten des nationalen *bipartidismo*, dessen Nichtexistenz in Katalonien bei dieser Wahl scheinbar bestätigt wurde, PP und PSOE, mussten ebenfalls miserable Ergebnisse hinnehmen, die allerdings unterschiedlich interpretiert wurden. Während die PSC das Ergebnis, das schlechteste in ihrer Geschichte in Katalonien, aufgrund der zuvor befürchteten Talfahrt als Befreiungsschlag feierte, musste der PP-Kandidat Albiol mehr oder weniger eingestehen, dass ihre Botschaft bei den katalanischen Wählern, an die sich führende PP-Politiker wie Rajoy in einem Wahlspot in Katalanisch richteten, nicht angekommen ist.

Der CUP-Spitzenkandidat Antonio Baños twitterte nach der Verkündung der Wahlergebnisse ein „*Adiós*“ an Spanien, verkündete jedoch kurz darauf, dass die Partei das Plebiszit als verloren ansieht. Auf die CUP bzw. deren Abgeordnete wird es bei der Regierungsbildung in Katalonien ankommen. So könnte Artur Mas, dessen Unterstützung die CUP bislang ausschließt, nur mit den Stimmen der teilweise mit linksradikalen Forderungen auftretenden Partei zum Präsidenten gewählt werden. Einer Alternative in Form von Raül Romeva oder Oriol Junqueras wäre die Partei jedoch nicht abgeneigt.⁴⁸ Die UDC hingegen konnte in ihrer ersten Wahl, zu der sie außerhalb des Bündnisses CiU antrat, die obligatorische Drei-Prozent-Hürde nicht überspringen und steht nun vor einer ungewissen Zukunft.

Mit Blick auf die Regierbarkeit brechen schwierige Zeiten für Katalonien an. Das Bündnis Junts pel Sí ist politisch außerordentlich heterogen. Da die Unabhängigkeitsbefürworter mit nur einem Programmpunkt, der Unabhängigkeit in 18 Monaten, angetreten sind, ist es zwischen ihnen kaum zu einer Diskussion über den zukünftigen sozialen oder wirtschaftlichen Kurs gekommen. Die Linken von ERC sowie die Mitte-Rechts-Partei CDC haben hier entgegengesetzte Vorstellungen. Zudem sind sie nicht nur in der Parlamentsabstimmung um den zukünftigen Präsidenten von der CUP abhängig, die die Regierungsbildung in Katalonien über Wochen blockieren kann und über ein enormes Erpressungspotential verfügt. Sie fordert den Austritt aus EU, EURO und NATO sowie eine sofortige Einstellung des katalanischen Schuldendienstes und ein Nichtbeachten einzelner „ungerechter“ spanischer Gesetze. Insbesondere für die wirtschaftsliberale CDC sind diese Forderungen unhaltbar und eine Zusammenarbeit mit der CUP könnte große Teile ihrer Stammwählerschaft, die sich vor allem juristische, finanzielle und wirtschaftliche Sicherheit wünscht, verschrecken.

Die Wahlen haben keine Klarheit bezüglich der Katalonienfrage gebracht, sondern noch mehr Verwirrung gestiftet. Bezüglich der nationalen Wahl bedeutet dies, dass die Frage, wie es zu einer Lösung des Konflikts zwischen Zentralstaat und Autonomer Gemeinschaft kommen kann, zu einem Hauptwahlkampfthema avancieren könnte. Beobachter haben die katalanischen Wahlen im Vorfeld als richtungweisend bezeichnet. Insbesondere Ciudadanos erhielt einen weiteren Impuls für den nationalen Wahlkampf, der inoffiziell bereits am 28. September begonnen hat. Die PSOE, die aus der Katalonienwahl halbwegs unbeschadet herausging, wird ebenso wie Ciudadanos die Einheit Spaniens zu einem Wahlkampfthema machen, jedoch Kompromissbereitschaft unter Wahrung der spanischen nationalen Integrität gegenüber den katalanischen Nationalisten signalisieren. So versprach PSOE-Generalsekretär Sánchez bereits, im Falle eines Wahlsiegs den spanischen Senat nach Barcelona verlegen zu wollen.⁴⁹ Die PP scheint ebenso wie Junts pel Sí in ihren Positionen festgefahren. Dies zeigt sich an der Unfähigkeit der PP, auf die Unabhängigkeitsbefürworter zuzugehen und an der provokanten, am Rande der Legalität agierenden katalanischen Führung. Dies könnte der PP Stimmen in Katalonien kosten, das immerhin 47 von insgesamt 350 Parlamentssitzen bei den nationalen Wahlen zu vergeben hat. Jedoch hofft sie auf zusätzliche Stimmen im Rest Spaniens, welcher der Unabhängigkeitsbewegung in großer Mehrheit strikt ablehnend gegenüber steht. Podemos wiederum hält weiterhin ein legales Referendum über die Unabhängigkeit für die Lösung des Konfliktes.

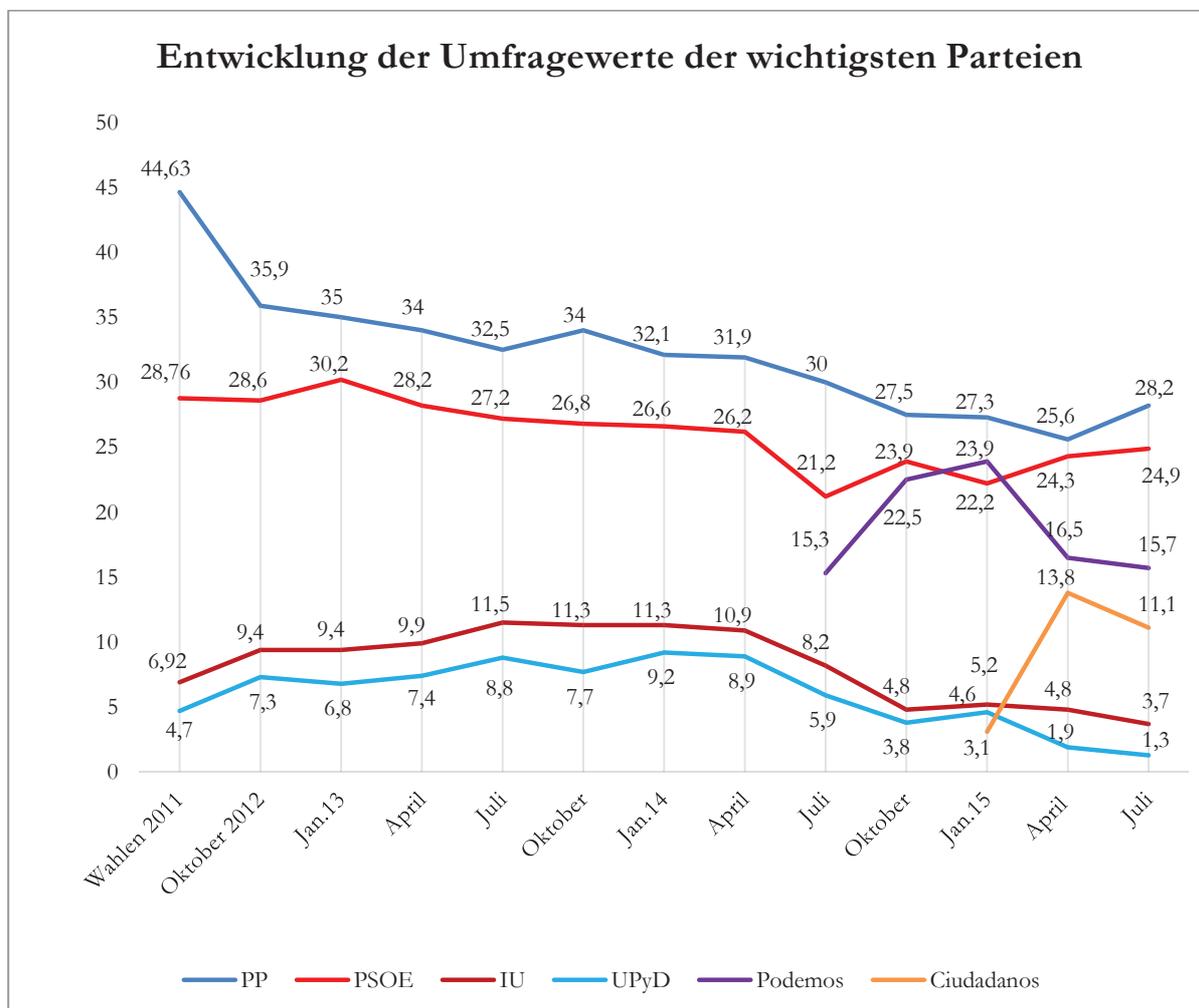
⁴⁸ Für den 9. November 2015 ist die erste Sitzung des katalanischen Parlaments anberaumt, bei der sich voraussichtlich Artur Mas zur Wiederwahl stellen wird. Hat sich bis zum 9. Januar 2016 keine Mehrheit für einen Kandidaten gefunden, werden Neuwahlen ausgerufen.

⁴⁹ El Mundo: El PSOE se da un baño de masas en el ecuador de la campaña e insiste en trasladar el Senado a Barcelona. In: <http://www.elmundo.es/cataluna/2015/09/20/55fea1122601d5c588b4574.html> [Letzter Zugriff: 01.10.2015].

Teil III: Ausblick

Ausgangssituation für die nationale Wahl am 20. Dezember 2015⁵⁰

Überträgt man die Ergebnisse aus den lokalen und regionalen Wahlen dieses Jahres zumindest ansatzweise auf die nationale Ebene, kann festgestellt werden, dass Spanien bezüglich der Neigungen der Wähler zweigeteilt ist. Da wäre zum einen das junge, urbane Spanien, das sich in den Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern wiederfindet und in dem die vier Parteien mit dem größten Wählerpotential, PP, PSOE, Podemos und Ciudadanos ähnliche Stimmenanteile holen können, und zum anderen das ländliche und traditionelle Spanien, in dem die Wähler im Durchschnitt älter als 55 Jahre sind und in Städten mit weniger als 50.000 Einwohnern leben. Dort führt die PP klar vor der PSOE, während Podemos weit abgeschlagen ist und Ciudadanos weniger Stimmen erhalten dürfte. Jedoch können die Stimmenanteile bei den bisherigen Wahlen 2015 nicht eins zu eins auf die nationalen Wahlen übertragen werden. So konnten sowohl PP als auch PSOE zuletzt in Umfragen in der Wählergunst wieder zulegen, während Podemos klare Einbußen verzeichnen musste. Ciudadanos sank in der Umfrage zwar ebenfalls auf 11,1 Prozent ab, jedoch ist ein gewisser Impuls aus den Katalonienwahlen möglich.⁵¹ Folgende Grafik stellt die Ergebnisse des staatlichen Umfrage Instituts CIS dar. Um einen Eindruck der starken Veränderung der Parteienlandschaft sowie des Einbruches insbesondere der PP zu vermitteln, wurden Umfragedaten ab Oktober 2012 sowie die Wahlergebnisse vom Herbst 2011 mit herangezogen.

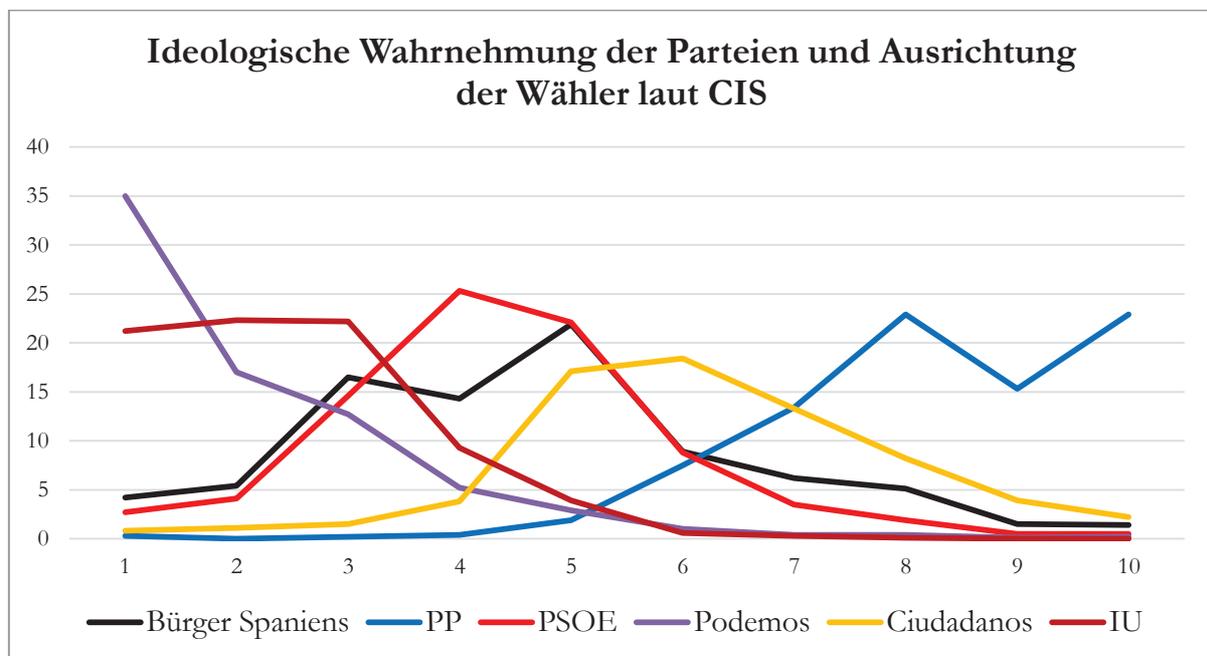


Eigene Darstellung, Quelle: Centro de investigaciones sociológicas (CIS).

⁵⁰ Spitzenkandidaten der wichtigsten Parteien für die nationalen Wahlen sind Mariano Rajoy (PP); Pedro Sanchez (PSOE); Albert Rivera (Ciudadanos); Pablo Iglesias (Podemos); Alberto Garzón (IU)

⁵¹ Für Aufsehen sorgte eine *Metroscopia*-Umfrage vom 10.10.2015, bei der Ciudadanos auf 21,5 Prozent hinter der PSOE (23,5 Prozent) und PP (23,4 Prozent) kommt. Podemos erzielt in der Umfrage 14,1 Prozent: Vgl. Diez, Anabel: Ciudadanos puede ser decisivo ante el empate entre PP y PSOE. In: http://politica.elpais.com/politica/2015/10/10/actualidad/1444486932_044305.html [Letzter Zugriff: 13.10.2015].

Der Rückgang von Podemos, der sich auch in anderen Umfragen manifestiert, dort jedoch weniger deutlich, hängt zum Teil damit zusammen, dass der Podemos-Diskurs an Frische verloren und der Partei der Nimbus des Neuen abhandengekommen ist. Der schwer erklärbare Hype in den Medien um Pablo Iglesias scheint nachzulassen. Podemos spricht viel über die Notwendigkeit von Veränderung, steht nun aber in Form von Wahlallianzen in einigen Städten selber in der Regierungsverantwortung, dort jedoch bisher vor allem durch Aktionismus aufgefallen. Zudem stößt sie bezüglich ihres Wählerpotentials wohl an ihre Grenzen. Die PSOE, der Podemos die Führungsrolle in der Opposition gegen die PP absprechen wollte, hat sich als konstanter erwiesen als angenommen. Im Gegensatz zu Podemos verspricht sie einen sicheren Wandel (zunächst hieß das PSOE-Motto „*cambio seguro*“ – „der sichere Wandel“, nun verspricht sie „*el cambio que une*“ – „der Wandel, der vereint“) und keine radikalen Veränderungen der alten politischen Ordnung. Ähnliches, aber mit anderen Worten kündigt Ciudadanos an, die von der politischen Ausrichtung jedoch eher als möglicher Partner der PP gilt, während allgemein angenommen wird, dass die PSOE mehr programmatische und ideologische Überschneidungspunkte mit Podemos habe. Letztere hat ihre Forderungen gegenüber der Europawahl in ihrer Radikalität jedoch bereits schon deutlich abgeschwächt und will damit ebenso wie die PSOE das Wählerpotential links der Mitte ansprechen. Diese Strategie ist jedoch erfolgsversprechend, wie folgende Statistik, entnommen aus Daten der CIS-Umfrage vom Juli 2015, zeigen kann.



Eigene Darstellung, Quelle: Centro de investigaciones sociológicas (CIS) (Studie vom Juli 2015).

Der Grafik, die die ideologische Wahrnehmung jeder Partei von linksaußen (1) bis rechtsaußen (10) darstellen möchte, kann entnommen werden, dass Podemos von weiten Teilen der Bevölkerung als linksaußen wahrgenommen wird und es ihr insofern nicht gelungen ist, einen Diskurs zu präsentieren, der Wähler jeder politischer Couleur anspricht. Wie die schwarze Linie zeigt, positionieren sich nur wenige Spanier ideologisch linksaußen, während die meisten Wählerstimmen im Bereich Mitte-Links (3) bis in die politische Mitte (5) zu erreichen sind. Dies bedeutet, dass viele potentielle Podemos-Wähler sie nicht aus ideologischen Gründen, sondern womöglich aus Protest gegen die etablierten Parteien und die Regierungspolitik wählen. Eine ökonomische Erholung oder ein Entgegenkommen der großen Parteien gegenüber den Sorgen der Wähler könnte somit auch einen Stimmenverlust von Podemos nach sich ziehen.

Die PP wiederum wird klar im rechten bis rechtsaußen Spektrum des Parteiensystems verortet und ist in diesem Bereich fast konkurrenzlos im Vergleich zu Podemos, die mit der IU noch einen Konkurrenten auf der Linken hat.

Problematisch für die PP erweist sich jedoch die Stärke von Ciudadanos, die als Mitte- bis Mitte-Rechts-Partei wahrgenommen wird und der PP hier entscheidende Stimmen streitig machen könnte. Die PSOE dagegen kommt in ihrer Einordnung den ideologischen Neigungen der potentiellen Wähler erstaunlich nahe und könnte somit in der Öffentlichkeit den Querschnitt politischer Meinungen verkörpern, den Podemos nach den neueren Umfragen nicht zu erreichen vermag.

Die Umfragewerte der ersten Grafik deuten an, dass die Korruption wohl keinen Einfluss mehr auf das Wahlverhalten der Stammwähler der PP hat. Im Vorfeld der Umfrage wurde eine Vielzahl von Korruptionsskandalen öffentlich, die auch den ehemaligen Vizepräsidenten Rodrigo Rato betrafen, der vorübergehend inhaftiert war. Dieser Skandal scheint potentielle PP-Wähler jedoch nicht zu beeinflussen, vielmehr scheinen die recht guten makroökonomischen Zahlen an Bedeutung in der Wahlentscheidung zu gewinnen. Möglicherweise wird die PP versuchen, das jüngste Wahlergebnis in Portugal vom 4. Oktober 2015, wo die regierende Mitte-Rechts-Koalition trotz ähnlichen wirtschaftlichen und sozialen Anpassungsmaßnahmen ein passables Resultat erzielte, als Zeichen für einen eigenen Aufschwung zu deuten. Dort ist es allerdings in den letzten Jahren nicht zu einem Aufkommen neuer Parteien wie in Spanien gekommen.

PSOE und Ciudadanos versuchen ebenfalls, von der wirtschaftlichen Entwicklung zu profitieren, versprechen den Wählern jedoch grundlegende Veränderungen im sozialen Bereich und in der Anstrengung, Arbeitsplätze von „Qualität“ zu schaffen, in Anspielung auf die schlechte Bezahlung und die geringe Laufzeit vieler Verträge. Der Diskurs von Podemos klingt vielen noch zu radikal und lässt Zweifel und Ängste in der Bevölkerung aufkommen, die insbesondere von der PP, aber auch von Ciudadanos geschürt werden. Teile der PSOE sehen währenddessen in Podemos schon einen potentiellen Koalitionspartner für nach den Wahlen und hat die Angriffe auf die neue Formation in den letzten Monaten zurückgefahren.

Dennoch erkennen selbst konservative Analysten an, dass Podemos die Finger in die Wunde der spanischen Gesellschaft und Politik gelegt hat. So erklärte etwa der ehemalige Madrider Bürgermeister Juan Barranto: „Podemos ist mehr ein Symptom als eine Lösung.“⁵² Die etablierten Parteien reagierten langsam auf die neue Herausforderung, doch mittlerweile versuchen sie Auftreten, Strategie und Programm den Gegebenheiten anzupassen. So hat Mariano Rajoy sein engstes Team verjüngt und versucht das mediale Antlitz der PP frischer und zeitgemäßer erscheinen zu lassen. Das Finanzministerium hat seinen Mitarbeitern empfohlen, sparsam mit öffentlichen Geldern umzugehen und im Zweifel eher öffentliche Verkehrsmittel als den Dienstwagen zu benutzen.⁵³ Der Podemos-Diskurs hat somit auch Einfluss auf die politische Rechte. Die Verfassung gilt zudem nicht mehr als unantastbar; mögliche Aktualisierungen wie etwa eine Reform des umstrittenen Senats werden eingeräumt, eine grundlegende Veränderung wie etwa der territorialen Kompetenzen aber ausgeschlossen.

Parallel zum Parlament wird der Senat gewählt. Dieser besitzt allerdings nur geringe Kompetenzen gegenüber dem Parlament und dürfte somit im Wahlkampf eine eher untergeordnete Rolle spielen.

Im Wahlkampf, der offiziell auf die Zeit zwischen dem 4.12. und dem 18.12 festgelegt ist, wird es für die Parteien darauf ankommen, die hohe Zahl an Unentschlossenen anzusprechen. Spanien ist neben Rumänien und Russland das einzige europäische Land, welches bis jetzt noch nicht von einer Koalition auf nationaler Ebene regiert wurde (seit 1977). Dies lag auch daran, dass die Regierung von starken Regionalparteien wie CiU oder PNV gestützt wurde, die ihre Position nutzten, um Vorteile für ihre Gemeinschaft herauszuholen. Es ist möglich, dass 2015 auch die Unterstützung der Regionalparteien nicht mehr für eine funktionierende Einparteienregierung reichen wird. Die katalanischen Nationalisten fallen zudem für eine

⁵² Interview mit Juan Barranto: “Posiblemente hemos descuidado la calle y el valor de la cohesión interna”. In: http://ccaa.elpais.com/ccaa/2015/01/28/madrid/1422476734_663162.html [Letzter Zugriff: 02.09.2015].

⁵³ El Mundo: Hacienda insta a los altos directivos del sector público a viajar en turista y en transporte público: In: <http://www.elmundo.es/economia/2015/08/20/55d58169268e3ee61d8b456e.html> [Letzter Zugriff: 02.09.2015].

Zusammenarbeit mit den nationalen Parteien aus. Deswegen werden die spanischen Wähler daran interessiert sein zu erfahren, mit welchen möglichen Pakten und Allianzen sie rechnen können. Von den Parteien wird sich jedoch bis zum Wahltag keine klar zu dieser Frage positionieren und es ist eher davon auszugehen, dass die neue Regierung eine Minderheitsregierung sein wird, da Ciudadanos und Podemos wie schon nach den Regionalwahlen höchstwahrscheinlich nicht als Juniorpartner in die Regierung eintreten werden. Zudem wird sich zeigen, ob sich Podemos mit IU auf ein mögliches Wahlbündnis einlässt, wie es die IU-Führungsrige propagiert. Durch das spanische Wahlsystem könnte eine noch breiter aufgestellte Linke eventuell mehr Stimmen auf sich vereinen und so auch in kleineren Provinzen Sitze holen.

Entscheidend ist die Zahl von 176 Abgeordneten. Welche Partei oder welche Allianz diese Zahl überschreitet, besitzt die absolute Mehrheit und kann eventuell ein neues Zeitalter der spanischen Demokratie einläuten.

Literaturverzeichnis

- Acord del Botànic. In: <http://estaticos.elmundo.es/documentos/2015/06/11/botanic.pdf> [Letzter Zugriff: 10.10.2015].
- Alonso, Martín: El catalanismo, del éxito al éxtasis. La génesis de un problema social. Barcelona 2015.
- Baumer, Andreas: Kommunismus in Spanien. Die Partido Comunista de España. Widerstand, Krise und Anpassung (1970-2006). Baden-Baden 2008.
- Bernecker, Walther L.: Geschichte Spaniens im 20. Jahrhundert. München 2010.
- Bolaños, Alejandro: El FMI sitúa a España a la cabeza del crecimiento en los países avanzados. In: http://economia.elpais.com/economia/2015/07/09/actualidad/1436434891_459136.html [Letzter Zugriff: 02.09.2015].
- Centro de Investigaciones Sociológicas: Barómetro de Julio 2015. In: http://datos.cis.es/pdf/Es3104mar_A.pdf [Letzter Zugriff: 24.08.2015].
- Cercas, Javier: Anatomie eines Augenblicks. Frankfurt am Main 2011.
- Ciudadanos: Texto base de Ciudadanos de cara a su posicionamiento ante votaciones de investidura en municipios y comunidades autónomas. In: <http://www.aelpa.org/actualidad/201506/texto-base-ciudadanos.pdf> [Letzter Zugriff: 10.10.2015].
- Diez, Anabel: Ciudadanos puede ser decisivo ante el empate entre PP y PSOE. In: http://politica.elpais.com/politica/2015/10/10/actualidad/1444486932_044305.html [Letzter Zugriff: 13.10.2015].
- El Confidencial: Los españoles reeligieron a 40 de los 69 alcaldes corruptos que compitieron en 2011. In: http://www.elconfidencial.com/espana/2012-04-16/los-espanoles-reeligieron-a-40-de-los-69-alcaldes-corruptos-que-compitieron-en-2011_232432/ [Letzter Zugriff: 24.08.2015].
- El Mundo: Uno de cada cinco desempleados admite haber cobrado en negro. In: <http://www.elmundo.es/economia/2015/05/06/5549eb9e22601d4f458b457e.html> [Letzter Zugriff: 24.08.2015].
- El Mundo: Las elecciones más importantes de la Democracia. In: <http://www.elmundo.es/opinion/2015/09/26/56059b27268e3eb8418b45b8.html> [Letzter Zugriff: 30.09.2015].
- El Mundo: El PSOE se da un baño de masas en el ecuador de la campaña e insiste en trasladar el Senado a Barcelona. In: <http://www.elmundo.es/cataluna/2015/09/20/55fea11122601d5c588b4574.html> [Letzter Zugriff: 01.10.2015].
- El Mundo: Hacienda insta a los altos directivos del sector público a viajar en turista y en transporte público. In: <http://www.elmundo.es/economia/2015/08/20/55d58169268e3ee61d8b456e.html> [Letzter Zugriff: 02.09.2015].
- El País: Aznar califica el Movimiento 15-M como "extrema izquierda marginal antisistema". In: http://politica.elpais.com/politica/2011/10/16/actualidad/1318772866_993949.html [Letzter Zugriff: 03.09.2015].
- El País: ¿Catalán, español o europeo? El lío de Rajoy en la entrevista con Carlos Alsina. In: http://verne.elpais.com/verne/2015/09/22/articulo/1442931255_127211.html [Letzter Zugriff: 10.10.2015].
- Fabra, María: El PP anuncia una reforma para que el Constitucional sancione a Mas. In: http://politica.elpais.com/politica/2015/09/01/actualidad/1441102059_121841.html [Letzter Zugriff: 01.10.2015].
- Fundación Alternativas: Cataluña ante la union europea. Las consecuencias jurídicas de la independencia. In: <http://ep00.epimg.net/descargables/2015/09/16/83cd6b0b22e71e665d269a31cdbfe0be.pdf> [Letzter Zugriff: 01.10.2015].
- González Márquez, Felipe: A los catalanes. In: http://elpais.com/elpais/2015/08/29/opinion/1440863481_811526.html [Letzter Zugriff: 01.10.2015].
- Gunther, Richard; Montero, José Ramón: The politics of Spain, Cambridge 2009.
- Instituto Nacional de Estadística: Encuesta de Población Activa. Segundo Trimestre. In: http://www.ine.es/inebaseDYN/epa30308/epa_inicio.htm [Letzter Zugriff: 24.08.2015].
- Interview mit Albert Rivera: Ciudadanos quiere justicia y Podemos quiere venganza. In: <http://www.elmundo.es/espana/2015/03/17/550739b1e2704efd068b4577.html> [Letzter Zugriff: 24.08.2015].
- Interview mit Juan Barranco: "Posiblemente hemos descuidado la calle y el valor de la cohesión interna". In: http://ccaa.elpais.com/ccaa/2015/01/28/madrid/1422476734_663162.html [Letzter Zugriff: 02.09.2015].
- Interview mit Michael Ehrke: „Die Wahlen, nicht das Plebiszit gewonnen.“ In: <http://www.ipg-journal.de/kurzinterview/artikel/die-wahlen-nicht-das-plebiszit-gewonnen-1082/> [Letzter Zugriff: 07.10.2015].
- Interview mit Pablo Iglesias: "He hablado con Pedro Sánchez, se ha roto el hielo y existe ya un canal de comunicación". In: http://www.eldiario.es/politica/Pablo-Iglesias-Podemos-investiduras-PSOE_0_392311569.html [Letzter Zugriff: 24.08.2015].
- Interview mit Uxue Barkos: Que yo sea 'abertzale' no significa que Navarra lo vaya a ser. In: http://politica.elpais.com/politica/2015/06/14/actualidad/1434303230_862231.html [Letzter Zugriff: 24.08.2015].
- Juliá, Santos u.a.: La España del siglo XX. Madrid 2007.

- Kneuer, Marianne: Länderportrait: Spanien. In: Backes, Uwe; Gallus, Alexander; Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie. 21. Jahrgang 2009. Baden-Baden 2010, S. 215-238.
- Konrad Adenauer Stiftung Madrid: Newsletter September II 2015. In: http://www.kas.de/wf/doc/kas_42660-1522-1-30.pdf?150928161213 [Letzter Aufruf: 07.10.2015].
- Kreiß, Christian: Alles nur Zufall? Die Auswirkungen der Finanzkrise auf Spanien. In: HISPANORAMA 133/August 2011, S. 50-56.
- Ministerio de Empleo y Seguridad Social: Demandantes de empleo, paro, contratos y prestaciones por desempleo. Junio 2015. In: http://www.empleo.gob.es/itss/ITSS_Descargas/Atencion_ciudadano/Normativa_documentacion/Otra_docum/paro_junio_15.pdf [Letzter Zugriff: 24.08.2015].
- Muñoz, Ramón: Seis de cada 10 jóvenes españoles planean emigrar es busca de empleo. In: http://economia.elpais.com/economia/2014/11/23/actualidad/1416766833_921888.html [Letzter Zugriff: 24.08.2015].
- Noguer, Miquel: Los independentistas ganan las elecciones y pierden su plebiscito. In: http://ccaa.elpais.com/ccaa/2015/09/27/catalunya/1443387513_045607.html [Letzter Zugriff: 01.10.2015].
- Nohlen, Dieter: Gramática de los sistemas electorales. Una Introducción a la ingeniería de la representación. Lima 2014.
- Nohlen, Dieter; Hildenbrand, Andreas: Spanien. Wirtschaft-Gesellschaft. Wiesbaden 2005.
- OECD: Government at a Glance 2015. Paris 2015. In: <http://www.oecdilibrary.org/docserver/download/4215081e.pdf?expires=1444054938&id=id&accname=guest&checksum=AFACC1E66A57B8DA8438EDEAC260A94B> [Letzter Zugriff: 24.08.2015].
- Ortega, Andrés: Reconstruir la democracia. Barcelona 2014.
- Pfeiffer, Christian: Podemos. Eine neue Partei setzt Spaniens „bipartidismo“ unter Druck. In: http://forschungsjournal.de/sites/default/files/fjsbplus/fjsb-plus_2015-1_pfeiffer.pdf [Letzter Zugriff: 01.10.2015].
- Prats, Jaime: La población en riesgo de pobreza o exclusión social crece hasta el 29%. In: http://economia.elpais.com/economia/2015/05/26/actualidad/1432626857_809310.html [Letzter Zugriff: 24.08.2015].
- Ramos, María; Simón, Pablo: Tres mitos sobre pactos y gobiernos de coalición. In: <http://politikon.es/2015/06/01/tres-mitos-sobre-pactos-y-gobiernos-de-coalicion-3/> [Letzter Zugriff: 24.08.2015].
- Remírez de Ganuza, Carmen: El Rey recupera el apoyo de los españoles a la Monarquía. In: <http://www.elmundo.es/espana/2015/06/15/557dc06f22601d30648b457e.html> [Letzter Zugriff: 24.08.2015].
- Revilla, Miguel Angel: La jungla de los listos. Barcelona 2014.
- Román, Paloma (Hrsg.): Sistema político español. Madrid 2002.
- Sánchez-Cuenca Rodríguez, Ignacio: La impotencia democrática. Sobre la crisis política en España. Madrid 2014.
- Senserrich, Roger: La fragmentación fragmentada. Un repaso a los resultados de las elecciones municipales. In: <http://politikon.es/2015/05/25/la-fragmentacion-fragmentada-un-repaso-a-los-resultados-de-las-elecciones-municipales/> [Letzter Zugriff: 10.10.2015].
- Subirats, Joan; Vallespin, Fernando: España reset. Herramientas para un cambio de sistema. Barcelona 2015.
- Toharia, José Juan: Cataluña. Balance de situación. In: http://politica.elpais.com/politica/2015/08/16/actualidad/1439749297_075567.html [Letzter Zugriff: 24.08.2015].
- Torreblanca, José Ignacio: Asaltar los cielos. Madrid 2015.
- Vallés, Josep M.; Nohlen, Dieter: Spain. In: Nohlen, Dieter; Stöver, Philip (Hrsg.): Elections in Europe. A Data Handbook. Baden-Baden 2010, S. 1803-1840.
- Vicente, Pedro: Nuevos y viejos compañeros de viaje. In: http://www.diariodeleon.es/noticias/opinion/nuevos-viejos-companeros-viaje_992184.html [Letzter Zugriff: 24.08.2015].
- Werz, Nikolaus: España ante las elecciones nacionales de 2015, In: HISPANORAMA, 149 August 2015, S. 49-54.
- Werz, Nikolaus: „Neopopulismos en Europa.“ Tagung der Fundación Pablo Iglesias und der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 25. bis 26. März 2015 in Madrid. In: <http://link.springer.com/article/10.1007/s12286-015-0245-x> [Letzter Zugriff: 07.10.2015].
- Zelik, Raul: Mit Podemos zur demokratischen Revolution? Krise und Aufbruch in Spanien, Berlin 2015.

Ausgaben der Reihe „Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung“

- Heft 1** Jürgen Rüländ: Neue Wege der Zusammenarbeit in Süd-Ost-Asien. Rostock 1994.
- Heft 2** Christian Wagner: Regionale Konflikte, Rüstungswettlauf und nukleare Proliferation in Südasien. Rostock 1995
- Heft 3** Peter Birle/Nikolaus Werz: Argentinien nach den Wahlen vom Mai 1995. Stellungnahmen argentinischer Wissenschaftler und Politiker aus Anlaß des Symposiums „Argentinien – Politik, Kultur und Außenbeziehungen“ vom 30.6. bis 2.7.1995 in Rostock. Rostock 1995.
- Heft 4** Jost Bandelin/Gerald Braun/Jürgen Rüländ: Wirtschaftspartner Asien: Mecklenburg-Vorpommerns Unternehmer auf der Suche nach neuen Märkten. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung. Rostock 1995.
- Heft 5** Jürgen Rüländ: The Asia-Europe Meeting (ASEM): Towards a New Euro-Asian Relationship? Rostock 1996.
- Heft 6** Nikolaus Werz/Jochen Schmidt: Wahlen in Mecklenburg und Vorpommern. Rostock 1996.
- Heft 7** Christian Wagner: Politischer Wandel und wirtschaftliche Reformen in Indien. Rostock 1997.
- Heft 8** Conchita Hübner: Auswirkungen des Transformationsprozesses auf die Situation von Frauen in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 1997.
- Heft 9** Martina Zellmer-Bjick: Canada's Asia-Pacific Policy on the Eve of the APEC-Summit. Rostock 1997.
- Heft 10** Falko Brinner/Michael Storck: Vom Feindbild zur Armee der Einheit. Die Bundeswehr der Einheit aus der persönlichen Sicht von zwei betroffenen Soldaten. Rostock 1998.
- Heft 11** Johann-Friedrich Engel: Tourismus und Tourismuskonzepte in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 1999.
- Heft 12** Friedrich Welsch/Nikolaus Werz: Der Wahlsieg und der Regierungsbeginn von Hugo Chávez Frías in Venezuela. Rostock 1999.
- Heft 13** Yves Bizeul/Matthias Schulz: Die deutsch-französischen Beziehungen. Rückblick und aktueller Stand. Rostock 2000.
- Heft 14** Conchita Hübner-Oberndörfer: Transformation des Bildungswesens in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990. Rostock 2001.
- Heft 15** Nikolaus Werz u.a.: Kommunale Direktwahlen in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2001.
- Heft 16** Dieter Schröder u.a.: Peripherer ländlicher Raum – zum Beispiel der Landkreis Demmin. Rostock 2002.
- Heft 17** Yves Bizeul u.a.: 10 Jahre Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften. Ehrenpromotion von Prof. Dr. Dieter Schröder. Rostock 2002.

- Heft 18** Gudrun Heinrich/Nikolaus Werz (Hrsg.): Forschungen in Mecklenburg-Vorpommern zu Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Rostock 2003.
- Heft 19** Gudrun Heinrich (Hrsg.): Qualitätssicherung und Nachhaltigkeit in der Arbeit gegen Rechtsextremismus. Rostock 2004.
- Heft 20** Gudrun Heinrich (Hrsg.): Jugend und Politik – Verdrossenheit? Rostock 2004.
- Heft 21** Hans Jörg Hennecke (Hrsg.): Staats- und Verwaltungsmodernisierung in Mecklenburg-Vorpommern. Anregungen, Standpunkte und Perspektiven zur Reformdebatte. Rostock 2004.
- Heft 22** Steffen Schoon u.a.: Die Kommunalwahlen 2004 in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2004.
- Heft 23** Dörte Ahrendt-Völschow: Die Lateinamerikawissenschaften an der Universität Rostock von 1958 bis 1995. Rostock 2004.
- Heft 24** Nikolaus Werz u.a.: Kooperation im Ostseeraum. Eine Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen und politischen Kooperation unter besonderer Berücksichtigung der neuen Bundesländer. Rostock 2005.
- Heft 25** Gudrun Heinrich u.a.: Beiträge zu Fragen von Zivilgesellschaft und Rechtsextremismus. Rostock 2005.
- Heft 26** Jenny Bonin/Nikolaus Werz u.a.: Baltic Cities and Migration. Contributions of the UBC Workshop Baltic Cities and Migration. Problems – Potentials – Perspectives, 05-07 Oktober 2006 in Rostock. Rostock 2006.
- Heft 27** Steffen Schoon/Nikolaus Werz (Hrsg.): Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2006 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler. Rostock 2006.
- Heft 28** Arne Lehmann: Gründe und Folgen des Brain Drain in Mecklenburg-Vorpommern. Zur Abwanderung in einem ostdeutschen Flächenland. Rostock 2008.
- Heft 29** Steffen Schoon/Arne Lehmann (Hrsg.): Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2009.
- Heft 30** Mykola Myhailovich Izha/Friedhelm B. Meyer zu Natrup: Politik und Verwaltung. Rostock 2010.
- Heft 31** Martin Koschkar/Christopher Scheele (Hrsg.): Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler. Rostock 2011.
- Heft 32** Thomas Prenzel (Hrsg.): 20 Jahre Rostock-Lichtenhagen. Kontext, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt. Rostock 2012.
- Heft 33** Christian Nester/Christopher Scheele (Hrsg.): Die Kommunalwahlen 2014 in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock 2014.
- Heft 34** Pfeiffer, Christian/Werz, Nikolaus: Spanien vor den Wahlen 2015. Eine erste Analyse der Regional- und Kommunalwahlen. Rostock 2015.

Die Reihe als PDF:

<http://www.ipv.uni-rostock.de/forschung/publikationen/rostocker-informationen-zu-politik-und-verwaltung/>

Die Autoren

Christian Pfeiffer

M. A., geboren 1987 in Rostock, Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock, Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre

Nikolaus Werz

Prof. Dr., geboren 1952 in Bonn, Inhaber des Lehrstuhls für Vergleichende Regierungslehre am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock.

